

# FAIRCONOMY

einfach – wirksam – gerecht

## Kriegswirtschaft



**Krieg: Die nachhaltigste Umweltzerstörung**

**Interview mit Werner Rügemer über BlackRock & Co.**

**Helmut Creutz: Die wirtschaftlichen Triebkräfte von Rüstung und Krieg**

# Editorial

An dieser Stelle begrüßte euch seit vielen Jahren stets Beate Bocking. Beate erlag am 3. Mai 2023 ihrer Krebs-erkrankung und hinterlässt eine Lücke. Dies ist eine Zäsur für die INWO und zuletzt auch die FAIRCONOMY, die mit Beate eine geschätzte wie kompetente Redaktionsleitung verloren hat. Ein Nachruf auf Beate ist am Ende dieses Heftes zu finden. Die INWO wird Beates Werk dankbar in Erinnerung und in Ehren halten.

Diese Zäsur markiert auch eine formale Änderung: Die einzelne Fairconomy-Ausgabe ist von nun an so konzipiert, dass Schwerpunktthemen noch stärker vertieft werden, mit dem Ziel, einzelne Hefte wesentlich länger als Grundlagenheft verfügbar zu halten. Mitgliederinformationen sollen vermehrt über das Internet erfolgen. Der Turnus ändert sich von vier Mal im Jahr zu zwei Mal im Jahr.

Im vorliegenden Heft geht es um Krieg. Es geht hier jedoch allenfalls exemplarisch um einzelne Kriegshandlungen. Sie dienen als Anlass, um strukturelle Rahmenbedingungen zu analysieren, die abseits der konkreten Kriegshandlung bestimmend sind – auch wenn sie nicht immer deutlich beschrieben werden.

Wenn Heere morden, agiert Realpolitik im Bund mit knallharten Profitinteressen. Ein Panzerhaubitzengeschoss fliegt nicht zusammenhanglos aus dem Kanonenrohr. Rüstungskonzerne bezahlen Mitarbeitergehälter, mit denen Reihenhauskredite in Vorort-Siedlungen abbezahlt werden. Sie generieren Dividenden für Aktionäre, zu denen wiederum weltweit agierende Vermögensverwalter gehören. Was ein linker »No-Brainer« ist, wird in der leitmedialen Debatte zugunsten moralischer Entrüstung aufgegeben. Diese

ändert aber nichts an den Rahmenbedingungen, zu denen auch unsere Geld-, Boden- und Ressourcenordnung gehört. Die tagespolitische Betrachtungsweise von Kriegen hat für diese Zusammenhänge schlicht wenig Zeit. Diese Zeit wollen wir uns hier nehmen.

Die INWO gibt mit diesem Heft ein klares Bekenntnis für den Frieden ab, und möchte den Debattenraum um strukturell notwendige Inhalte anreichern und erweitern.

Wir möchten euch anregen, dieses Heft auch an Bekannte und Interessierte weiterzugeben. Ist es ein geeigneter Eisbrecher, um ins Gespräch zu kommen? Die wenigsten Menschen möchten Krieg, und doch schlittert die Welt erneut an zahlreichen Orten hinein. Mögen einige der hier aufgezeigten Analysen nützlich sein, um einen Beitrag zum Frieden zu leisten!

Thomas Kubo



Kontakt: [inwo@inwo.de](mailto:inwo@inwo.de)

**Hinweis:** Wir verwenden in unserem Verein und unserer Zeitschrift das solidarische Du.

# Inhalt

- 3 Kriegsfakten
- 4 Kriegskosten berechnen
- 5 Die nachhaltigste Umweltzerstörung
- 6 Helmut Creutz: Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg
- 10 Die Profiteure des Krieges
- 11 Interview mit Werner Rügemer: BlackRock & Co.
- 12 Thomas Kubo: Militär aus rentenökonomischer Sicht
- 14 Axel Thorndorff: Die Russland-Sanktionen oder: Die Kunst einen Wirtschaftskrieg zu führen
- 17 Matthias Klimpel, Thomas Kubo: Ein radikaler Vorschlag: Rüstung und Militär verstaatlichen
- 18 Frank Bohner: Unter welchen Bedingungen können wir uns Frieden leisten?
- 20 Buchbesprechung »Einschüchtern zwecklos« (Jürgen Grässlin)
- 22 Werner Onken: Nachruf Beate Bocking

# Impressum

**FAIRCONOMY** 20. Jahrgang, Nr. 1 Feb. 2024, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

**Redaktion:** Thomas Kubo (V.i.S.d.P.)  
E-Mail: [inwo@inwo.de](mailto:inwo@inwo.de)

**Auflage:** 1.200 Exemplare

**Bildnachweis:** Titelseite: © iStock / shangarey; Autoren und Produktfotos: privat und Verlage; Grafik S. 3: SIPRI; S. 5: National Museum of the U.S. Air Force; S. 6 (Zinsbombe): INWO e.V.; S. 10 (Panzer): pixabay / fotshot?; S. 11 (BlackRock-Zentrale): Dazzling4 (über Wikimedia); S. 12 (Aktienchein): EDHAC e.V. (über Wikimedia); S. 17 (Knotted Gun): Gerhard Huber; S. 19 (Hand): pixabay.com / eliola

**Layout:** design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

**Druck:** Mühlbauer Druck, Puchheim  
(gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

**Herausgeberin:** INWO Deutschland e.V., Falkstraße 78, 60487 Frankfurt am Main, Internet: [www.INWO.de](http://www.INWO.de), E-Mail: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de)

**Mitglieder- und Abo-Kontakt Deutschland:**  
INWO e.V., Wallstr. 97, 50321 Brühl  
Telefon: +49 2232 156368 (freitags 11-15 Uhr),  
E-Mail: [mitglieder@inwo.de](mailto:mitglieder@inwo.de)

**Kontoverbindung:**  
INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum  
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

**Abo-Kontakt Schweiz:** INWO Schweiz,  
Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,  
E-Mail: [buero@INWO.ch](mailto:buero@INWO.ch), [www.INWO.ch](http://www.INWO.ch)

**Kontoverbindung:**  
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapita-

listische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

# Kriegsfakten

**D**er Pulitzer-Preisträger Chris Hedges arbeitete 15 Jahre lang als Auslandskorrespondent der New York Times und schrieb 2003 das Buch »What Every Person Should Know About War«. Das in Frage-Antwort-Format verfasste Buch versammelt auf knapp 180 Seiten präzise Informationen zu Kriegsfragen mit einschlägigen Quellenangaben. Zusammen mit dem Jahrbuch des Stockholm Institute for Peace Research (SIPRI) aus dem Jahre 2023 sollen im folgenden Beitrag Kriegsfakten wiedergegeben werden.<sup>1</sup>

Die Zahl von 1.000 Toten wird genommen, um einen Krieg von einem bewaffneten Konflikt abzugrenzen. SIPRI definiert Ereignisse zwischen 25 und 999 Toten als »Low-intensity armed conflict«. Die Totenzahl 1.000–9.999 ist nach SIPRI-Definition ein »high-intensity

schlechtere Statistiken, und Totenzahlen werden zu Propagandazwecken in beide Richtungen hin manipuliert. Unparteiische, objektive, neutrale und vollständige Berichterstattung ist bei Kriegen besonders schwierig, so dass aktuelle Berichte von Kriegsparteien selbst immer mit Vorsicht zu lesen sind.

Im 20. Jahrhundert starben mindestens 108 Mio. Menschen durch Kriege. Neben der kurzfristigen direkten Verschlechterung der Lebensbedingungen gibt es auch zahlreiche langfristige demographische Effekte: Durch den Tod vieler Soldaten wird die Zahl der ausfallenden Geburten aufgrund des 2. Weltkrieges auf etwa 20 Mio. geschätzt (Hedges, S. 1).

Der neuzeitliche Krieg ist für Zivilisten gefährlicher als für Soldaten. In den 1990ern betrug die Quote der getöteten Zivilisten zwischen

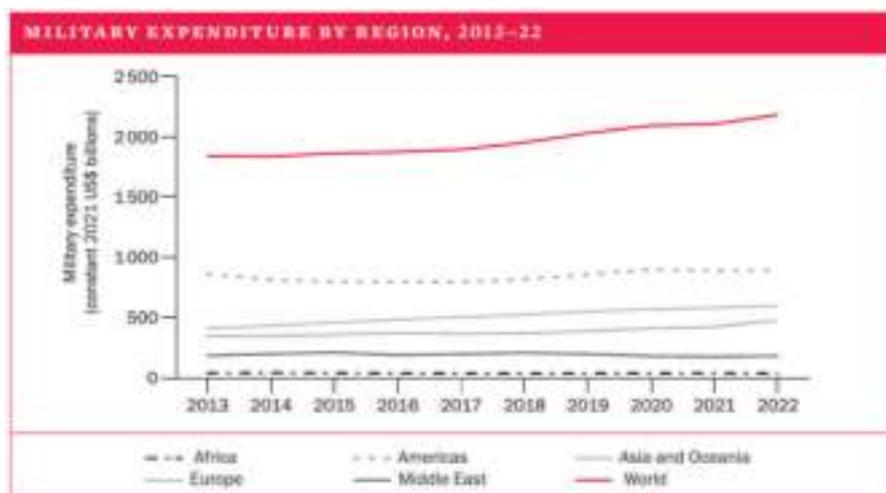
Für Soldaten selbst ist der Dienst in der Infanterie am gefährlichsten (Hedges, S. 15). Eine Kriegsverletzung tötet einen von fünf (Hedges, S. 43). Neben dauerhaften Kriegsverletzungen, die Soldaten über den Dienst hinaus invalide und versorgungsbedürftig machen, sind Kriegshandlungen die häufigste Ursache für Post-Traumatic Stress Disorder (PTSD; Hedges, S. 114–16). Zugleich sind Armeen der einzelnen Staaten im Hinblick auf ihre Gefährlichkeit stark unterschiedlich – die Streitkräfte der USA töten regelmäßig mit einem Verhältnis von 1 zu 10 bis 20 im Hinblick auf eigene Verluste (Hedges, S. 4).

Die globalen Militärausgaben stiegen im Jahre 2022 auf 2,24 Bio. \$ und dies konstant seit 2015, wobei der Anteil am Welt-Bruttoinlandsprodukt bei 2,2 % blieb. Die Militärausgaben betragen 6,2 Prozent der öffentlichen Staatsausgaben, wobei die Länder untereinander stark variieren. Während die Militärausgaben 2022 in der Ukraine um das Siebenfache stiegen und nun ein Drittel des Haushaltes ausmachen, stiegen die Militärausgaben in den EU-Staaten moderat um 13 Prozent (SIPRI, S. 8).

Die Ausgaben der USA beliefen sich seit 1975 zwischen 3 und 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (Hedges, S. 4), eine Zahl, die klein anmutet angesichts eines Militärapparates, der die ganze Welt umspannt. Der Deutsche Verteidigungshaushalt beträgt gemäß Bundesministerium für Verteidigung für das Jahr 2023 insgesamt 58,5 Mrd. €, was auch 8,4 Mrd. € aus dem neu gebildeten 100-Mrd.-»Sondervermögen« enthielt.<sup>2</sup> Für 2024 ist eine Steigerung auf 70,97 Mrd. € geplant.<sup>3</sup>

Die Waffenverkäufe der größten 100 Militärunternehmen nach SIPRI betrug 592 Mrd. \$ im Jahre 2021. Von diesem stammen allein 40 Unternehmen aus den USA. Insgesamt exportieren gemäß SIPRI 63 Staaten Waffen, wobei die 25 größten Waffenexporteure 98 Prozent der Waffenlieferungen von 2018 bis 2022 ausmachen. Die USA, Russland, Frankreich, China, Deutschland machen in dieser Reihenfolge 76 Prozent der Waffenexporte aus (SIPRI, S. 10). Insgesamt importieren gemäß SIPRI 167 Staaten Waffen. Von den Importeuren sind nur China und die USA unter den größten zehn, die auch zu den fünf größten Exporteuren zählen. SIPRI berechnete anhand öffentlicher Statistiken den Wert des globalen Waffenhandels auf mindestens 127 Mrd. \$. Krieg ist ein Mordgeschäft. ■

Thomas Kubo



armed conflict«. Wird die Schwelle 10.000 überschritten, spricht SIPRI von einem »Major armed conflict« (SIPRI, S. 2).

2022 registrierte SIPRI 56 bewaffnete Konflikte auf der Welt, von denen drei (Ukraine, Nigeria und Myanmar) zur Gruppe der »Major armed conflicts« gehörten (SIPRI, S. 1). Der »ewige Konflikt« zwischen Israel und Palästina hat es im Jahre 2023 in wenigen Tagen geschafft, die Schwelle zu überschreiten.

Es gelten mehrere Einschränkungen: Schlechter organisierte Staaten verfügen über

75 und 90 Prozent. »Zivilisten werden beschossen, ausgebombt, vergewaltigt, ausgehungert und vertrieben.« (Hedges, S. 3). In den 1990ern starben etwa 2 Mio. Kinder in Kriegen. Es gibt zurzeit eine sechsstellige Zahl an Kindersoldaten und eine mittlere zweistellige Millionenzahl an Kriegsflüchtlingen. Kriegsflüchtlinge sind wegen Mangelernährung und schlechter hygienischer Zustände extrem anfällig für Infektionskrankheiten und haben eine stark erhöhte Sterblichkeit (Hedges, S. 8).

1 Die Seitenangaben beziehen sich auf die frei verfügbare englischsprachige Zusammenfassung, die hier heruntergeladen werden kann: [https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-06/yb23\\_summary\\_en\\_1.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-06/yb23_summary_en_1.pdf).

2 Vgl. hierzu Bundesministerium der Verteidigung: Pressemitteilung vom 11. November 2022. Verteidigungshaushalt und Sondervermögen für 2023 weisen Weg in die Zukunft. Online: <https://www.bmvg.de/de/presse/verteidigungshaushalt-sondervermoegen-2023-5524236>

3 Vgl. die Pressemitteilung mit Verweis auf Einzelplan 14: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-963378>.

# Kriegskosten berechnen

**I**n ihrem Buch »Die wahren Kosten des Krieges« unternehmen Joseph Stiglitz und Linda Bilmes den Versuch, sich des Themas Krieg aus volkswirtschaftlicher Sicht zu nähern: Sie legen eine differenzierte Berechnungsmethodik für die Kosten des Krieges vor und wenden sie exemplarisch auf die Kriege im Irak und Afghanistan am Anfang des 21. Jahrhunderts an (jeweils vornehmlich aus Sicht der USA).

Wer die Analyse Schritt für Schritt nachverfolgt, merkt schnell, dass die Militärkosten sich nicht allein auf den eigentlichen Kriegszeitraum beschränken, sondern umfassende Wechselwirkungen zu anderen Gesellschaftsbereichen haben.

Als einleitendes Vergleichsbeispiel wählen Stiglitz/Bilmes den zweiten Golfkrieg, der geopolitisch mit dem Irak-Krieg im 21. Jahrhundert zusammen gedacht werden muss. Sie konstatieren, dass allein die Ansprüche der über 200.000 Veteranen den US-Steuerzahler bereits 4,3 Mrd. \$ im Jahr kosten! Im Hinblick auf die chemischen Vergiftungen (Senfgas) mag dieser Krieg eine Sonderstellung einneh-

tümlich oder vorsätzlich anderen Haushaltsbereichen zugeordnet wurden, aber für den laufenden Betrieb des Krieges trotzdem gezahlt werden müssen. Schritt 3 umfasst die Berücksichtigung der Inflation. Schritt 4 enthält eine Schätzung der zukünftigen operativen Kosten. Schritt 5 enthält eine Berechnung der Invaliden- und der medizinischen Versorgung der Veteranen. In Schritt 6 werden die Kosten berechnet, die zur Wiederherstellung der Truppenstärke benötigt werden. Schritt 7 berücksichtigt weitere Haushaltsbereiche, wie etwa Sonderprogramme des Haushaltes zur Unterstützung von Veteranen (bspw. Vergünstigungen). Schritt 8 ergänzt die Zinskosten. Schritt 9 umfasst die Schätzung des direkten binnenwirtschaftlichen Schadens, den die US-Wirtschaft als Ganzes tragen muss. In Schritt 10 werden die außenwirtschaftlichen Schäden (vor allem: Erdölpreis-Erhöhungen) geschätzt, die sich wiederum als Folge der Kriege einstellen.

Die Tabelle auf S. 141, hier als Abbildung wiedergegeben, verzeichnet die Schlussrechnung. Stiglitz/Bilmes skizzieren ein zurückhaltendes, konservatives Szenario, aber auch



im Hinblick auf die Iraker, die auf der Gehaltsliste der USA stehen, noch möglich sein mag (S. 145–46), unterbleibt eine exakte Berechnung der Kosten für die Zerstörung des Iraks als Investitionsstandort und die Vernichtung eines Teils der Zivilbevölkerung explizit. Die Kosten für die »Koalition der Willigen« umfassend zu berechnen (mit Ausnahme des Bündnispartners Großbritannien, wo die Kosten für 2007–2010 auf ca. 20 Mrd. \$ angesetzt werden; S. 165), unterbleibt ebenfalls.

Auch die realistische Schätzung, die im Jahr 2007 abgegeben wurde, erweist sich noch als zu vorsichtig. Das cost-of-war Project der Brown University errechnet allein für den Afghanistan-Krieg (einschließlich Pakistan) Kosten von 2,313 Bio. \$, ohne allerdings die methodischen Rechenschritte 9 und 10 von Stiglitz/Bilmes zu berücksichtigen.<sup>1</sup>

Eine rein ökonomische Betrachtung von Kriegen relativiert auf den ersten Blick das Leid der Opfer, ist aber zwingend, wenn man rational über Krieg reden will. Ebenso wenig wie es einen gerechten Krieg gibt, gibt es nämlich auch einen günstigen Krieg. Diese kalte rationale Berechnung hilft vielleicht dazu, auch die heißeste Kriegsbegeisterung abzukühlen.

Thomas Kubo

Kosten für Veteranen (in Milliarden Dollar)	»günstigstes« Szenario	»realistisches« Szenario
<b>Gesamtwirtschaftliche Kosten</b>		
Auswirkungen des Ölpreises	263	800
Haushaltswirkungen	0	1100
<b>Summe gesamtwirtschaftliche Kosten</b>	<b>263</b>	<b>1900</b>
<b>Haushalts- und sozialökonomische Kosten</b>		
Gesamtkosten der Operationen bis heute	646	646
Gesamtkosten der zukünftigen Operationen	521	913
Zukunfte Kosten der Veteranenversorgung	422	717
Sonstige militärische Kosten/Berichtigungen	132	404
<b>Summe der Haushalts- und sozialen Kosten</b>	<b>2016</b>	<b>3095</b>
<b>Gesamtsumme (ohne Zinsen)</b>	<b>2279</b>	<b>4995</b>

men, doch muss man sich vor Augen führen, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches im Jahre 2007 der 2. Golf-Krieg bereits 16 Jahre zurück lag.

Die Berechnung der Kriegskosten enthält zehn methodische Rechenschritte (S. 42–48). Schritt 1 besteht in der Zählung sämtlicher Kosten, die direkt eingesetzt werden. Schritt 2 in der Schätzung verdeckter Kosten, die irr-

ein »realistisches«, das die weltwirtschaftlichen Effekte abschätzt.

Die methodische Vorsicht drückt sich auch darin aus, dass zahlreiche Bereiche von der Berechnung nicht erfasst sind. So schreiben Stiglitz/Bilmes (S. 153): »Wir haben uns der ehrgeizigen Aufgabe, den Schaden für die irakische Wirtschaft zu errechnen, gar nicht erst gestellt.« Während die Bezifferung der Kosten

1 <https://watson.brown.edu/costsofwar/figures/2021/human-and-budgetary-costs-date-us-war-afghanistan-2001-2022>

# Die nachhaltigste Umweltzerstörung

**F**ür Kriegsparteien ist die korrekte Erfassung ihrer Umwelt überlebenswichtig. Deren nachhaltige Zerstörung wird jedoch ohne Wimpernzucken in Kauf genommen. Dieser Wahnsinn soll in diesem Text an einigen Beispielen beschrieben werden.

## Der Gas-Platz von Verdun

Über 100 Jahre ist der Stellungskrieg von Verdun nun her. Das »Jubiläum« im Jahre 2016 brachte mehrere Regalmeter Literatur hervor. Der Schwerpunkt ist mal nationalistisch gefärbt, mal militärhistorisch, mal politologisch. Ein Thema fehlt häufig: Große Landstriche sind auch hundert Jahre danach nicht nutzbar.

Die Gegend ist deshalb so vergiftet, weil bspw. 200.000 Tonnen Chemiewaffen nachlässig entsorgt wurden. Auch hundert Jahre danach

sind Menschen damit beschäftigt, die Gebiete zu dekontaminieren. Das wenige, was hier wächst, ist vergiftet. Man kann sich hier nicht erholen und wohnen, nichts bauen und produzieren. Der Kommentar eines Umweltaktivisten: *»Franzosen, Engländer und Deutsche haben die Chemiewaffen erfunden, und heute interessieren sie sich nicht mehr dafür.«<sup>1</sup>*

## Landminen

Die Organisation handicap international nimmt sich der Landminen-Problematik an und wurde dafür 1992 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sie schätzt, dass allein im Jahre 2022 mindestens 4.710 Menschen Opfer von Landminen wurden, davon der überwiegende Teil Zivilisten und regelmäßig mit Todesfolge. Obwohl es sich bei Landminen um Waffentechnik handelt, spricht die Orga-

nisation treffend von einer »Verseuchung« der betroffenen Landstriche.<sup>2</sup> Wie groß ist wohl der Nutzen einer Bodenfläche, von der ich vermuten muss, dass sie jederzeit hochgehen könnte?

## Agent Orange

Der Entlaubungsmittel Agent Orange, eingesetzt von der US-Armee im Vietnam Krieg, um die Enttarnung von Guerilla-Kämpfern zu erreichen und Erntefelder zu zerstören, enthält das gefährlichste Dioxin auf der Welt: TCDD. Die Auswirkungen auf die Menschen, aber auch die Tier- und Pflanzenwelt ist auch heute noch zu spüren: Ein Siebtel der Fläche Vietnams wurde kontaminiert; gemäß Agent Orange Association Vietnam kamen 150.000 Kinder mit schweren Behinderungen zur Welt, und drei Mio. Menschen leiden an den Spätfolgen des Giftes – über 50 Jahre nach dem Einsatz.<sup>3</sup>

## Internationale Klimaschutzbestimmung: Ein ordnungsrechtliches Desaster

Das Militär ist aus globalen Umweltschutzbestimmungen wie dem Kyoto-Protokoll aus dem Jahre 1997 ausgeklammert gewesen. Die Berichtspflichten sind zwar im Pariser Klimaabkommen von 2015 erweitert worden, aber die Erfüllung dieser Pflichten bleibt ungenügend.<sup>4</sup> Dieses ordnungsrechtliche Desaster führt zu einem multiplen Freifahrtschein zur Umweltzerstörung für Staaten und die Industrie: Zum einen kann Militärgerät, wenn es am Einsatzort im Ausland hergestellt wird, aus der Berechnung herausfallen, zum anderen verschlingt militärisches Großgerät auch im Betrieb gigantische Mengen an Ressourcen am laufenden Band: »Ein Eurofighter verbrennt pro Flugstunde circa 3.500 kg Treibstoff [...] Ein Panzer verbraucht je nach Gelände pro 100 km circa 500 Liter Treibstoff.«<sup>5</sup> Und genau dieses Militärgerät ist wiederum im Einsatz, um ganze Landstriche zu verwüsten.

## Steigende Militärkosten bedeuten steigende Umweltzerstörung

Forscher wie Neta Crawford und Benjamin Neimark kommen unabhängig voneinander zum Schluss, dass steigende Militärkosten zwangsläufig mit steigender Umweltzerstörung einhergehen. Wäre die US-Armee ein Land, rangierte sie auf Platz 47 der Treibhausgas-Emittenten – die anderen Großmächte wie China und Russland können sich hier jedoch hinter geringeren Berichtspflichten verstecken.

Thomas Kubo



Herbizide Kriegsführung im Vietnam-Krieg im Rahmen der Operation Ranch Hand.

- 1 Sämtliche Informationen aus Benoît Hopquin: »Wir sind die Müllmänner der Schlachtfelder«, Süddeutsche Zeitung. Online: <https://www.sueddeutsche.de/politik/schlachtfeld-von-verdun-heute-wir-sind-die-muellmaenner-der-schlachtfelder-1.1870896>.
- 2 Handicap international: Landminen-Monitor: 4710 Opfer im Jahr 2022, davon 85 % Zivilist:innen. Online: <https://www.handicap-international.ch/de/neuigkeiten/landminen-monitor-4710-opfer-im-jahr-2022-davon-85-zivilist-innen>.
- 3 Otto Langels: »Agent Orange« im Vietnamkrieg. Der größte Chemie-Angriff der Geschichte. Deutschlandfunk Kultur. Online: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/agent-orange-im-vietnamkrieg-der-groesste-chemie-angriff-100.html>.
- 4 Martin Angler: Das Militär ist für fünf Prozent des weltweiten Treibhausgasausstosses verantwortlich. Von Beschränkungen ist es ausgenommen, Neue Zürcher Zeitung vom 30.7.2022. Online: <https://www.nzz.ch/wissenschaft/vernachlaessigte-emissionen-von-treibhausgasen-durch-das-militaer-ld.1693659>.
- 5 Bernhard Trautvetter: Die Grünen fordern eine klimaverträgliche Armee. Nachdenkseiten vom 8. März 2021. Online: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=70548>

# Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg

**Editorische Notiz: Dieser Text ist eine gekürzte Fassung eines Textes, der erstmals in der Zeitschrift für Sozialökonomie, Folge 128, im Februar 2001 veröffentlicht wurde.<sup>1</sup>**

**A**lle Kriege, zumindest in unseren Zeiten, sind letztlich als Wahnsinn anzusehen. Wie aber kommt es heute noch zu solchen barbarischen Auseinandersetzungen in einer sich als zivilisiert bezeichnenden Welt? Wie kann es geschehen, dass Menschen, die über Jahrzehnte friedlich zusammengelebt haben, auf einmal einander Gewalt antun?

## Ungerechtigkeit und Unfrieden in der Geschichte

So weit wir wissen, war das Auf und Ab der Kulturen und Epochen immer wieder von Kriegen begleitet. Liest man manche Geschichtsbücher, dann scheint die Entwicklung der Menschheit oft nur aus einer Kette von Kriegen zu bestehen, von Kriegen, bei denen es vor allem um die Eroberung von Land und Bodenschätzen ging, um die Beherrschung wichtiger Handelswege und ganzer Völker. Verständlich, dass die Humanisten und Aufklärer der beginnenden Neuzeit immer wieder die große Hoffnung formulierten, dass fortan alle Menschen durch den technischen Fortschritt zu Wohlstand gelangen und im »ewigen Frieden« (Kant) miteinander leben könnten. Und die Klassiker des Liberalismus entwickelten die dazu passende Vorstellung von einem ökonomischen Interessenausgleich zwischen den Individuen auf freien Märkten. Bei ihrem Modell einer Marktwirtschaft versäumten Adam Smith und die anderen liberalen Klassiker aber darauf zu achten, dass allen Menschen der Boden und seine Schätze zu gleichen Bedingungen zugänglich werden. Und indem sie das Geld als ein bloß neutrales Tauschmittel betrachteten, übersahen sie, dass mit dem Geld auch eine strukturelle Macht verbunden ist, die auf den Märkten die Menschen immer wieder in Ärmere und Reichere spaltet.

Während sich aufgrund dieser Gegebenheiten in wenigen Händen große Geld- und Sachkapitalvermögen akkumulierten, vor allem durch die Wirkungen von Zins und Zinseszins,

entstand im 19. Jahrhundert auf der anderen Seite ein armes Industrieproletariat. Trotz vielfältiger technischer Arbeitserleichterungen, die hundert Jahre vorher kaum vorstellbar waren, kam es zu keiner allgemeinen Ausbreitung des neuzeitlichen Wohlstands. Neben der wachsenden Kluft zwischen Reichtum und Armut wiederholten sich immer wieder Krisen und Konjunkturerinbrüche, deren Folgen überwiegend von der Mehrheit der abhängig Beschäftigten zu tragen waren.

Zu solchen Einbrüchen kam es vor allem dann, wenn sich während der Hochkonjunkturphasen so viel Kapital gebildet hatte, dass sich infolge sinkender Zinsen seine Verwertungsmöglichkeiten verschlechterten. Die Folge waren sogenannte Reinigungs- oder Gesundheitskrumpfungskrisen, die zu einer partiellen



Das Bombengeschäft mit den Zinsen

oder breiteren Vernichtung von Kapital bzw. zumindest einer deutlichen Unterbrechung der Kapitalbildung führten. Damit konnten die Zinsen wieder steigen und die Konjunkturzyklen von neuem beginnen – bis zur nächsten Krise. Doch nicht nur durch die allgemeinen Wirtschaftskrisen und zivilen Kapitalvernichtungen wurde immer wieder Raum für neue Investitionen und Geldanlagen geschaffen, sondern auch durch marktfremde Güterproduktionen wie vor allem die Rüstung und noch mehr natürlich durch kriegerische Zerstörungen.

Eine andere Möglichkeit, Raum für neue Investitionen zu schaffen, war die Herrschafts-

ausweitung der europäischen Länder auf die übrige Welt, vor allem im Zuge kolonialer Eroberungen in Übersee, die gleichzeitig mit der Ausnutzung billiger Rohstoffquellen und Arbeitskräfte sowie der Ausweitung der Absatz- und Wachstumsmärkte verbunden war.

## Konjunktoren – Krisen – Kriege Kapitalbildung und Kapitalvernichtung

Für diese vorbeschriebene Kette zinsbedingter Krisenzeiten mag ein Artikel Zeugnis geben, der im Dezember 1988 von der deutschen Kundenzeitschrift »Sparkasse« veröffentlicht wurde, und zwar als Nachdruck eines Beitrags aus der gleichnamigen Zeitschrift des Sparkassenverbandes aus dem Jahre 1891(!). Dieser also vor mehr als einhundert Jahren geschriebene Artikel befasste sich mit dem Trend sinkender Zinsen gegen Ende des 19. Jahrhunderts und seinen Hintergründen, die er wie folgt erklärte:

»Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, daß die besonders rentablen Kapitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.« Und um den damals auf drei Prozent gesunkenen Zinssatz vor einem weiteren Fall zu bewahren, müßten – so hieß es weiter – »... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Kapitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde.«

Doch da auch das die sinkende Zinsentwicklung nicht umkehren könne, schließt der Artikel aus der Sparkassenzeitung mit folgender inhaltsschwerer Aussage: »Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Kapitalzerstörung, welche er bedeutet.«

Dieser Schluss scheint ungeheuerlich! Aber er ist – wie wir wissen – seit 1891 zweimal in Erfüllung gegangen: Zwei »allgemeine europäische Kriege«, die man sogar weltweit ausdehnen konnte, haben dem Sinken des Zinsfußes nicht nur jeweils Halt geboten, sondern den Zinsfuß auch erneut auf lukrative Höhen angehoben!

Doch trotz all dieser Erfahrungen blieb das zinstragende Kapital auch nach dem zweiten Weltkrieg weiterhin das »goldene Kalb«, um

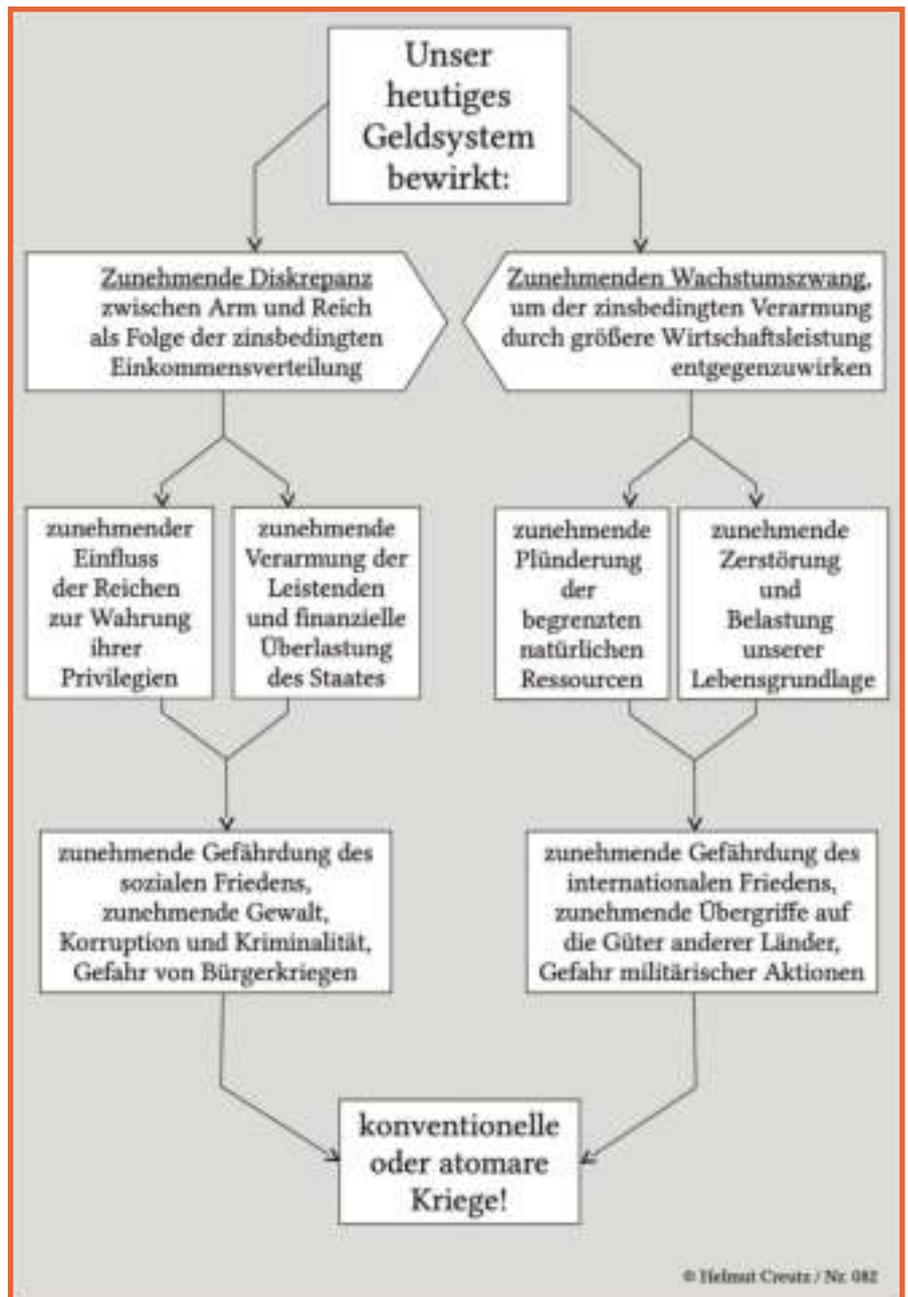
<sup>1</sup> <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfssoe-online-archiv-folge-128-135.html?file=files/archiv/archiv%20117-155%20digital/ZfSOe%20128%20komplett.pdf>

das sich alles Wirtschaften drehte, auch wenn man manche Rüstung durch andere letztlich fragwürdige Investitionen und Produktionen ersetzen konnte und manche kriegerischen Auseinandersetzungen alten Stils durch ein ständiges Wirtschaftswachstum, das in vielen Fällen zu einem Krieg gegen die Natur ausartete.

### Kalter Krieg im Norden und heiße Kriege im Süden

Nach den beiden großen Weltkriegen verlangte sich das Kriegsgeschehen aus dem industrialisierten Norden vor allem in die Länder des »unterentwickelten« Südens. Das heißt, man folgte dem Rat aus dem Jahr 1891 gleich auf doppelte Weise, indem man diese Länder nicht nur über hohe Verschuldungen mit Industriegütern versorgte, sondern auch noch mit den Rüstungsgütern zur Durchführung von Stellvertreterkriegen, bei denen man gleichzeitig die Qualität neuer Waffen erproben konnte. Doch obwohl man auf diese Weise Europa und die USA kriegsfrei halten konnte, betrieb man während des sogenannten Kalten Krieges zwischen West und Ost eine Aufrüstung, deren Größenordnung alles bislang Dagewesene in den Schatten stellte. Allein ein einzelnes U-Boot der US-Trident-Klasse wurde bereits mit einer Atomraketen-Bestückung ausgerüstet, deren Sprengkraft die der gesamten im letzten Krieg in Europa und Asien eingesetzten weit überstieg. Mit diesem immer wahnsinnigeren und immer teureren Wettrüsten sorgte man nicht nur für lukrative Kapitalanlagen, sondern zwang schließlich auch den Ostblock in die Knie, der – neben der Versorgung seiner Bevölkerung – das Tempo dieser Aufrüstung nicht mithalten konnte.

Die sogenannte Nachkriegszeit nach 1945 (die allzuoft schon zu einer neuen Vorkriegszeit zu entarten drohte!) war also keine wirkliche Friedenszeit, sondern eine Zeit, in der sich einerseits gigantische Geldvermögen und Realvermögen durch Zins und Zinseszins anhäuferten und in der andererseits zur Sicherung der Rentabilität dieser Vermögen ungeheure Mengen davon auf unfriedliche Weise vernichtet werden mussten. So kam es nach 1945 zu mehr als 200 Kriegen in aller Welt. Doch auch schon der Krieg gegen die Natur und den Süden und die vielfältigen damit verbundenen sozialen und ökologischen Zerstörungsprozesse lassen daran zweifeln, dass unser Zeitalter der modernen Zivilisation nur im Zeichen menschlicher Vernunft gesehen werden kann. Denn Vernunft, Menschenrecht und Fortschritt gehen immer noch einher mit Menschenrechtsverletzungen und Zerstörungen von Leben. Weder in der zivilen Arbeitswelt noch im militärischen Bereich geht es rational – also vernünftig – zu, sondern im geradezu irratio-



nen Streben nach maximalen Kapitalrenditen wird inzwischen schon die angeblich »zu teuer« menschliche Arbeitskraft aus der Arbeitswelt wegrationalisiert und durch Kapital ersetzt.

Der sich völlig überschlagende Börsenboom und das heutige Bemühen, den Einsatz und die Bedienung des Kapitals durch seine globale Ausweitung sicherzustellen, sind möglicherweise der letzte Versuch, dieses System noch einmal auf friedlichem Wege über die Runden zu bringen. Es sei denn, wir versuchen es auch noch über die Erde hinaus in den Weltraum oder gar auf andere Gestirne auszuweiten. Da alle diese Auswege letztlich aber immer an den irdischen Möglichkeiten scheitern müssen, droht uns – wie in dem

Fluss-Schema dargestellt – am Ende immer noch jene große zerstörerische Auseinandersetzung zur »Vernichtung der Überproduktionen«, die aufgrund des atomaren Vernichtungspotenzials allzuleicht auch zu einem Ende unserer Zivilisation oder gar des menschlichen Lebens führen könnte.

### Rüstungsindustrie als Konjunkturstütze

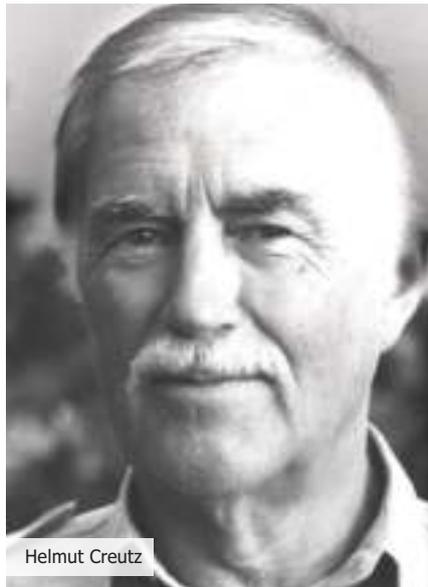
Etwa ein bis zwei Jahrzehnte waren die Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg in den zerstörten Ländern mit dem Wiederaufbau beschäftigt. Wer heute Bilder oder Filme über die Trümmerstädte sieht, kann sich kaum vorstellen, dass diese Arbeit überhaupt zu schaffen war. Etwa die Hälfte des Sozialprodukts dieser Jahrzehnte müsste man in etwa auf

das Folgekostenkonto des vorausgegangenen Krieges verbuchen. Angesichts dieser Nachhol- und Aufbauinvestition war das Kapital entsprechend knapp und durchweg hoch verzinst. An Rüstungs- oder gar Kriegsgeschäfte dachte damals kaum jemand. Im Gegenteil: Viele Unternehmer hatten nach Kriegsende geschworen, niemals mehr in die Rüstungsproduktion einzusteigen.

Mit dem Auslaufen des Wiederaufbaus, den ersten Sättigungserscheinungen auf den Konsummärkten und einer wachsenden Geldvermögensbildung kam der Zins jedoch langsam unter Druck. Schon in den 60er Jahren fiel der Realzins am Kapitalmarkt in der BRD im Durchschnitt auf 4 Prozent zurück.

Wenngleich bereits 1956 der damalige Bundeskanzler Adenauer über die Köpfe des Parlamentes hinweg wieder eine Bundeswehr entstehen ließ, kam das Gros der benötigten Ausrüstung noch weitgehend aus fremden Produktionen. Doch hinter den Kulissen entstand auch bei uns wieder eine Rüstungsindustrie, die sogar nach und nach das Ausland mit ihren »Qualitätsprodukten« beglückte. So gewann die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren immer mehr den Anschluss an die Siegermächte, die bereits in den 50er Jahren ihre Rüstungsindustrie erneut auf Hochtouren brachten. Selbst der damalige US-Präsident und frühere Weltkriegsgeneral Eisenhower warnte mehrfach öffentlich vor dieser gefährlichen Verselbständigung des militärisch-industriellen Komplexes. Aber das Kapital hatte im wahrsten Wortsinn »Blut gerochen«.

Obwohl man jeden potenziellen Gegner nur einmal töten kann, reichten die Waffenarsenale und Vernichtungskapazitäten bereits in den 80er Jahren aus, um jeden Menschen auf der Erde 15-20mal umzubringen. Der Irrsinn dieses ständig wachsenden Overkills ist mit keiner Logik erklärbar. Denn selbst wenn man sich als Militärstrategie das Ziel setzt, alle potenziellen Feinde töten zu können, welchen Sinn kann es haben, die bereits Toten noch ein Dutzendmal umzubringen? Doch dieser Wahnsinn hatte – wie bereits dargelegt – Methode. Er garantierte nicht nur Tausenden von Waffenschmiedern und -händlern lukrative und staatlich abgesicherte Gewinne, sondern sorgte vor allem dafür, dass die Zinsen in aller Welt auf einer ausreichenden Höhe blieben, was den Rückzug des Kapitals vom Markt und damit das Zuschnappen der von Keynes so genannten Liquiditätsfalle verhinderte.



Helmut Creutz

Die Kapitalrenditen blieben auf diese Weise zwar lange Zeit gesichert, nicht aber der Wohlstandsanstieg der Menschen. Denn mit den Waffen und Militäranlagen mussten sie Produkte schaffen, von denen sie keinerlei Nutzen hatten. Ja, diese Rüstungsgüter wurden sogar zu einer immer größeren konkreten Bedrohung für ihr Leben. Außerdem wurden sie für diesen Milliarden-Wahnsinn auch noch als Steuerzahler zur Kasse gebeten.

Mit der Rüstung wird jedoch nicht nur Kapital bedient, sondern auch gebunden, richtiger: vom Markt genommen. Würde man das in die Rüstung, die Raketensilos, Kasernen usw. investierte Kapital im zivilen Sektor einsetzen, dann wäre das dort gegebene Angebot deutlich größer. Ein größeres Angebot an Wohnungen, Konsumgütern usw. aber würde auf die Kapitalrendite einen entsprechenden Druck ausüben. Aufgrund dieses Drucks müsste – wenn das Kapital nicht streiken könnte – der Zins schließlich gegen Null heruntergehen. Da aber das Kapital streiken, das heißt, sich vom Markt zurückziehen kann, sind die Staaten an ständiger Knappheit und ausreichend hohen Zinsen interessiert, notfalls sogar unter Duldung oder Förderung von Kriegen.

Statt das Geld mit geldpolitischen Mitteln zu veranlassen, sich ggfs. auch bei niedrigeren oder ohne Zinsen der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, sorgen die Staaten auf diese Weise also für die geldstreikvermeidende Knappheit von Kapital. Vergleichbar ist das mit der Praxis der EG-Agrarmarktpolitik. Auch hier sorgt man bei allzuguten Ernten durch künstliche Verknappung des Angebotes

(sprich Vernichtung) für weiter hochbleibende Preise, um Streiks der Bauern aus dem Weg zu gehen.

### Kapitalvernichtung in sogenannten Reinigungskrisen

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es für den Vorgang der Kapitalvernichtung den Begriff »Reinigungskrise zur Beseitigung von Überinvestitionen«. Gemeint ist der Zustand, bei dem der Investitionsumfang so groß geworden ist, dass er den Zins unter jene Grenze drückt, bei der es zu Geldzurückhaltungen und damit deflationären Rezessionen kommt. Auch ohne Krieg und ohne Rüstung werden in solchen Rezessionen durch Unternehmens- und Privatbankrotte, durch Verschleudern oder Verderben von »Überproduktionen« bereits Vermögenswerte aus dem Verkehr gezogen. Mit dieser »Reinigung« – sprich Kapitalvernichtung – wird dann wieder eine ausreichende Knappheit erzeugt, die über höhere Zinsen das Kapital wieder aktiv werden läßt.

Durch ständige Ausweitung marktferner Investitionen – von der Raumfahrt bis zur Rüstung – kann man die Notwendigkeit solcher »Reinigungskrisen« zwar eine Zeitlang hinausschieben, aber kaum auf Dauer. Irgendwann wird eine große »Reinigung« unausweichlich. Und dazu ist ein Krieg nicht nur durch den erhöhten Waffenverbrauch und die angerichteten Schäden unübertreffbar wirkungsvoll. Auch durch die Vernichtung der Geldvermögen, die meist mit dem anschließenden Staatsbankrott verbunden sind, verschwinden riesige Kapitalpolster aus der Welt.

Die Gewinner solch großer »Reinigungen« sind diejenigen, die rechtzeitig in Sachvermögen umgestiegen sind, möglichst außerhalb der Kriegsgebiete. Noch besser ist natürlich die Anlage in das unzerstörbare Bodenkapital. Den so »Überlebenden« der Kapitalvernichtung wird jedenfalls ein ganz enormer Reichtumsanstieg beschert.

John Maynard Keynes, als Zeuge über alle Zweifel erhaben, hat die Zusammenhänge in etwas komplizierterer Sprache beschrieben: »Jedesmal, wenn wir das heutige Gleichgewicht durch vermehrte Investitionen sichern, verschärfen wir die Schwierigkeit der Sicherung des Gleichgewichtes von morgen.« Und als Notausgänge aus diesem Dilemma zählt Keynes auf »das Bauen von Pyramiden und Kathedralen, Erdbeben, selbst Kriege«, denn, so schreibt er weiter, »zwei Pyramiden, zwei Steinhaufen für Tote sind doppelt so gut wie einer, aber nicht zwei Eisenbahnen von London nach York.«<sup>2</sup>

Mit dieser etwas schwer verständlichen Darlegung bestätigt Keynes, dass ständig vermehrte Investitionen im zivilen Bereich das

2 John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936/96, S. 90, 110 u. 322

3 Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Lütjenburg 1988-1999, Band 12, S. 28 und 290-292.

›Gleichgewicht‹ gefährden, sinnlose Bauten, Erdbeben und Kriege es dagegen auf Dauer sichern können.

›Wer eine Gesellschaft zerstören will, muss ihre Währung ruinieren‹, soll Lenin – bezogen auf die bürgerlichen Gesellschaften – einmal gesagt haben. Dass dieser Satz jedoch auch für die sozialistischen Länder gilt, hat die Geschichte der letzten 20 Jahre zur Genüge bewiesen. Bricht aber eine Währung zusammen, ob plötzlich oder schleichend, brechen mit den sozialen Spannungen auch die alten ethnischen, kulturellen, religions- und sprachbedingten Spannungen wieder auf. Hinzu kommt noch das dann deutlicher werdende Reichtumsgefälle von Nord nach Süd, das umso größer wurde, wie die wirtschaftliche und politische Fähigkeit des Staates abnahm, diese Diskrepanzen auszugleichen.

Die aus solchen Umständen resultierenden Entwicklungen hat der deutsch-argentinische Sozial- und Geldreformer Silvio Gesell bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts treffend formuliert: »Die Währung hält den Staat zusammen oder sie sprengt ihn – je nachdem. Wird hier gepfuscht, so löst es sich in kleine Teile auf, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen: Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren. Der Krieg ist kein biologisches Element, sondern ein eheliches Kind der sozialen Zustände. Diese Mörderhöhle haben alle Völker sich in ihren wirtschaftlichen Einrichtungen selbst geschaffen«<sup>3</sup>

Schulden und Inflationen dürften vor allem die Volkswirtschaften des Südens weiterhin ruinieren und Flüchtlingsströme auslösen, die wir erst dann registrieren, wenn sie unsere eigenen Grenzen erreichen. Außerdem treibt der geld- und zinsbedingte Zwang zum Wirtschaftswachstum die Industrienationen weiter in den Teufelskreis der »schöpferischen Zerstörung« (Schumpeter), zu dem Rüstung und Waffenexporte und – was noch schlimmer weil wirkungsvoller – auch der Einsatz derselben gehören.

### **Zusammenfassung – Durch Gerechtigkeit zum Frieden**

Zu den sozialen Konflikten unseres kapitalistisch verfälschten marktwirtschaftlichen Systems, bedingt durch die weiter wachsenden Polarisierungen zwischen Reich und Arm, dürften in zunehmendem Maße ökologische Konflikte kommen, vor allem um die knapper werdenden Vorräte an Trinkwasser, Erdöl und anderen Ressourcen. Dabei ist zu befürchten, dass dieses explosive Gemisch aus sozialen und ökologischen Konflikten auch weiterhin



an wechselnden Orten der Welt militärisch explodiert. Umso dringender wird der weitere Aufbau von zivilen Friedensdiensten zur Vorbeugung weiterer ›humanitärer Katastrophen‹ und darüber hinaus ein Nachdenken über grundlegende Auswege aus dem Teufelskreis der Gewalt in eine gerechtere und friedlichere Welt, die eine Welt ohne Rüstung und Krieg sein könnte. Ziel eines solchen Nachdenkens sollte es sein zu klären,

1. wie allen Menschen ein gleichberechtigter und naturverträglicher Zutritt zum Boden und seinen Schätzen verschafft werden kann, und
2. wie das Geld so umgestaltet werden kann, dass es für alle Menschen ein produktions-, wachstums- und verteilungsneutrales, also ein gerechtes Tauschmittel wird.

Kein geringerer als der britische Ökonom John Maynard Keynes hat in seinem Hauptwerk »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« nicht nur die drei entscheidenden Problemfelder unserer Tage im Buchtitel zusammengefasst. Er hat darüber hinaus gleich mehrfach dargelegt, dass eine Korrektur der Geldordnung soziale Gegensätze entschärfen und damit den Frieden in der Welt fördern würde. So schrieb er zum Beispiel, dass es möglich sein müsste, »innerhalb einer Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht auf ungefähr Null herunterzubringen.« Und das damit einhergehende Sinken des Zinsniveaus gegen Null würde – so meint Keynes weiter – »der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden.« (S.185) Keynes sprach in diesem Zusammenhang von einem großen »Gezeitenwechsel«: Die bisherige kapitalistische Marktwirtschaft mit all ihrer Ungerechtigkeit und Friedlosigkeit würde dann in eine »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« übergehen, in der sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf internationaler Ebene der Umgang

des Menschen mit dem Boden und mit dem Geld neu geregelt wird.

- Der Boden, die Ressourcen und die Atmosphäre werden als Gemeingüter behandelt, deren private Nutzung gegen Gebühren möglich ist, die wiederum an alle Menschen gleichermaßen zurückfließen.
- Das Geld wandelt sich von einem zerstörerischen Beherrscher der Märkte zu ihrem Diener. Es wird nicht mehr durch den Antrieb von Zinsen und Zinseszinsen in Bewegung gehalten, auch nicht durch Währungen zerstörende Inflationen, sondern durch »künstliche Durchhaltekosten« (Keynes), die seine besondere Machtposition auf den Märkten neutralisieren.

Die Entscheidungen über Investition und Produktion würden sich dann nicht mehr nach irrationalen Rentabilitätskriterien richten, sondern allein nach rationalen eines wirtschaftlichen Einsatzes von menschlichen und natürlichen Ressourcen. Bei einem Absinken des Zinssatzes auf einen Gleichgewichtssatz in der Nähe von Null gehen die zinsbedingten Einkommensumschichtungen von der Arbeit zum Besitz, also von Arm zu Reich, zurück. Damit verringert sich die Ungerechtigkeit unseres heutigen monetären Systems, die immer mehr zur Hauptursache der sozialen und politischen Spannungen wird.

Mit den sinkenden Zinsen geht aber auch die übermäßige Zunahme der Geldvermögen und damit der Investitions-, Verschuldungs- und Wachstumszwang zurück. Damit wiederum die Notwendigkeit jener »Überproduktions- und Reinigungskrisen«, mit denen heute – ob in Rezessionen, Crashes oder Kriegen – die zinsdrückenden Sachkapitalanhäufungen periodisch reduziert werden müssen, vor allem um dem weiter wuchernden Geldvermögen renditesichernd Platz zu machen. Als Folge davon bauen sich auch die Ursachen ab, die die Staaten heute dazu zwingen, das Spiel der Überrüstung mitzumachen oder gar bewusst zu betreiben, inzwischen sogar schon, um sich gegen die zunehmenden Flüchtlingsströme abzusichern. Kurz: Der Systemzwang zur zivilen und militärischen Kapitalvernichtung käme zum Erliegen.

Alles, wofür sich heute die Menschen in der Friedensbewegung engagieren (Friedenspädagogik, Abrüstung, Konversion und zivile Friedensdienste), ist notwendig und sinnvoll. Darüber hinaus ist es aber unverzichtbar, sich auch mit den wirtschaftlichen Triebkräften von Rüstung und Krieg zu befassen, die in einem entscheidenden Maße in der bislang geltenden Geld- und Bodenordnung angelegt sind. Denn nur wenn es uns gelingt, diese Triebkräfte zu überwinden, öffnet sich der Weg zu einer gewaltlosen und friedlicheren Welt. ■

Helmut Creutz

# Die Profiteure des Krieges

**B**ei der Betrachtung von Kriegen ist es unerlässlich, sich die Besitzer der Kriegsmittel und -werkzeuge anzusehen. Am Beispiel der weltgrößten Vermögensverwalter, deren Liste die BlackRock Inc. anführt, können auf diese Weise die Profiteure von Kriegshandlungen nachvollzogen werden. Unter diesen Vermögensverwaltern ist BlackRock lediglich der Klassenprimus. Er wird dicht gefolgt von Vanguard und Fidelity; die Liste enthält aber auch noch ein weiteres Dutzend Vermögensverwalter, die alle einen einstelligen Billionenbetrag verwalten und mehrheitlich in den USA ihren Geschäftssitz haben.

Es ist zwar richtig, dass die Vermögensverwalter streng genommen selbst wiederum Investoren gehören, die auf der ganzen Welt verteilt sind, jedoch treten die Vermögensverwalter als institutionell eigenständige Akteure auf. Gleichzeitig handeln sie als Gruppe geschlossen, so etwa bei Aktionärsversammlungen. Selbst bei einer niedrigen Stimmenanzahl pro Vermögensverwalter sind sie als Gruppe daher mächtig. So ist BlackRock in allen DAX-Unternehmen Anteilseigner. Die Vermögensverwalter halten ferner Anteile untereinander. Anteilseigner von Vanguard sind also ebenfalls Anteilseigner von BlackRock, und umgekehrt. Dadurch, dass etwa BlackRock in DAX-Unternehmen Anteilseigner ist, sind es wiederum auch diejenigen, die Investoren bei Vanguard sind, und umgekehrt.

Wenn man die Airbus SE als europäischen Konzern mit auch staatlichen Anteilseignern beiseite lässt, ist die Rheinmetall AG der größte private deutsche Rüstungskonzern. Wem gehört die Rheinmetall AG?

Nach Wertpapierhandelsgesetz (WPHG) sind eine Reihe von Veröffentlichungsschwellen zu beachten, anhand derer man die größeren Anteilseigner dieses Konzerns nachvollziehen kann. So verzeichnet die Rheinmetall AG hier sechs Institutionen: Zunächst die Vermögensverwalter BlackRock (5,18 % zum 11.1.2024), Capital Group (4,99 % zum 12.6.2023), Wellington (5,09 % zum 26.8.2022) sowie Fidelity (4,99 % zum 6.7.2021). Es kommen noch die beiden Investmentbanken Goldman Sachs (4,35 % zum 21.9.2023) aus den USA sowie und UBS aus der Schweiz (3,83 % zum 31.5.2022) hinzu.<sup>1</sup>



Damit ist bekannt, dass ein gutes Viertel des Konzerns in der Hand von Vermögensverwaltern liegt. Inwiefern die weiteren drei Viertel ebenfalls anderen Vermögensverwaltern zugeschlagen werden können, die aber unterhalb der Veröffentlichungsschwelle des WPHG liegen, bleibt ein Betriebsgeheimnis der Rheinmetall AG. Über zwei, drei oder mehr Ecken führt die Analyse zwangsläufig immer auch auf Einzelinvestoren, die im Falle von BlackRock auch Kleinanleger sein können (etwa über iShares).

Das Prinzip ist leicht und auf jeden Rüstungskonzern übertragbar. Die Details sind aber je unterschiedlich und teilweise kompliziert. So ist das größte private Sicherheits- und Militärunternehmen Constellis im Besitz der Apollo Global Management Inc. Der Vorgänger von Constellis, die Blackwater Inc., machte im Irakkrieg als privates Militärunternehmen negative Schlagzeilen (vgl. hierzu das erschüt-

ternde Buch von Jeremy Scahill: *Blackwater*, 2009). Größter Anteilseigner von Apollo ist wiederum zurzeit Vanguard. Und wir erinnern uns: Vanguard gehört auch BlackRock, und umgekehrt.

Die Analyse dieser Vermögensverwalter, die in der Fachliteratur geheimnisvoll als »Schattenbanken« bezeichnet werden, bleibt eine Herausforderung. Die Grundforderung bleibt: Bei hohen Zinsen wird der Druck der Vermögensverwalter auch auf Rüstungskonzerne höher, die entsprechende Rendite zu erwirtschaften. Erst bei langfristigen Negativzinsen wird ein sozialverträgliches und ökologisches Wirtschaften möglich und kann friedensstiftendes Potenzial entfalten, das dann eine Alternative darstellt (vgl. *allerdings auch das nachfolgende Interview mit Werner Rügemeier*).

Thomas Kubo

<sup>1</sup> Vgl. hierzu: <https://ir.rheinmetall.com/de/investor-relations/veroeffentlichungen/stimmrechtsmitteilungen/>, abgerufen am 15. Januar 2024.

# Interview mit Werner Rügemer

**W** **Wie viel Verantwortung haben Vermögensverwalter wie BlackRock für die Kriege, die zur Zeit auf der Welt geführt werden?**

BlackRock, Vanguard, Capital Group, State Street & Co. sind Aktionäre in den wichtigsten US-Rüstungskonzernen wie Lockheed, Boeing, RTX Technologies (ehemals Raytheon), Northrop Grumman, auch in führenden europäischen Rüstungskonzernen wie BAE Systems (England), Leonardo (Italien). Im »deutschen« Rüstungskonzern Rheinmetall sind BlackRock & Co. neun der zehn größten Aktionäre. BlackRock ist zugleich mit zwei Managern in der US-Regierung vertreten.

**Was sagen Sie Kleinanlegern bei BlackRock, die etwa über iShares versuchen, für das Alter vorzusorgen?**

Macht das nicht! Denn mit dem Finanzprodukt *Exchanged Traded Funds* (ETF), den vielen Indexfonds der BlackRock-Tochterfirma iShares, erweitert BlackRock seinen Einfluss in den Unternehmen, etwa bei Lockheed, Amazon, Exxon, Bayer usw. Die Anleger können ETF in sehr kleinen Portionen kaufen, profitieren von der Wertsteigerung, aber BlackRock bleibt in den Unternehmen der rechtliche Vertreter. Mithilfe von ETF erweitert also BlackRock den Einfluss, z.B. auch auf die Arbeitsplätze und Arbeitseinkommen. Während der Kleinanleger sich über eine Wertsteigerung etwa in den DAX-Konzernen freut, hilft er mit, dass sein Arbeitseinkommen schwindet oder dass er arbeitslos werden kann.

**Was ist Ihre Erklärung dafür, dass Konzerne wie BlackRock so im Verborgenen operieren können?**

Sie haben keine Bankschalter und keinen öffentlichen Kundenverkehr. Normalbürger können dort kein Konto eröffnen. Die ETF werden nicht direkt von BlackRock verkauft, sondern durch beauftragte Banken und Sparkassen. BlackRock & Co. hat in seinen zwei deutschen Filialen Frankfurt und München nur ein paar Mitarbeiter: Sie machen *wealth management*, managen also vor allem das Kapital von Multimillionären und Multimilliardären, die Renditen zwischen sechs und 15 Prozent erwarten. Zudem unterscheiden sich BlackRock & Co. von den traditionellen Banken und gelten offiziell immer noch als *shadow banks*, Schattenbanken. Die werden nicht wie die Banken reguliert.

**Ihr Buch »BlackRock & Co. enteignen!« enthält ein Porträt des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz, der vorher für BlackRock**



Kein kundenfreundlicher Bankschalter:  
Die Firmenzentrale von BlackRock in New York

**gearbeitet hat. Wie groß schätzen Sie den Einfluss von BlackRock auf die politische Entscheidungsfindung ein?**

BlackRock holt sich ganz gezielt in jedem wichtigen Staat Prominente als hochbezahlte Berater oder Manager. In Deutschland war es Friedrich Merz, in der Schweiz ist es der Ex-Präsident der Nationalbank, in England ist es der Ex-Finanzminister usw. Und BlackRock berät die US-Zentralbank Federal Reserve, auch die Europäische Zentralbank EZB, ebenso die Europäische Kommission beim European Green Deal.

**Der Verein INWO e.V. ist für Negativzinsen. Inwiefern orientieren sich die Renditen von Vermögensverwaltern wie BlackRock am derzeitigen Zinsniveau?**

Gar nicht. Die Renditen bei Aktien wie auch bei den Indexfonds und ETF orientieren sich an der Wertsteigerung der Aktien an den Börsen und an den ausgeschütteten Gewinnen der Konzerne, den Dividenden. ■

Die Fragen stellte Thomas Kubo

**Werner Rügemer: Enteignet BlackRock & Co. Auf den Spuren einer unbekanntenen Weltmacht.** Nomen Verlag, Frankfurt/Main  
3. Auflage 2023, 174 Seiten, 12 Euro



# Militär aus rentenökonomischer Sicht

**I**m folgenden Text geht es um die rentenökonomische Struktur von Rüstungskonzernen. Ein Interview vom 10. Juni 2023 beim RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) mit Armin Papperger, dem Vorstandsvorsitzenden der Rheinmetall AG, bietet hierzu einen geeigneten Anlass, diese Struktur zu thematisieren.<sup>1</sup>

Die Fokussierung auf Rheinmetall ist beispielhaft und heißt nicht, dass die anderen Rüstungskonzerne aus dem Blickfeld geraten sollen. Was für Rheinmetall gilt, gilt für die anderen Rüstungskonzerne nämlich ähnlich. Papperger bearbeitet die Interview-Anfrage des RND wie einen »nachfragewirksamen« PR-Auftritt und dient sich auch selbst, weil er laut eigenen Angaben ebenfalls Aktionär ist.

Zur konkreten Nachfrage sagt Papperger dies: *»Ein Großteil unseres Wachstums ist auf den schrecklichen Krieg in der Ukraine zurückzuführen. Kein Land in Europa ist gut vorbereitet für den Fall, dass ein Aggressor es überfällt. Das haben die Regierungen begriffen, deshalb steigt die Nachfrage nach unseren Produkten.«*

Zu einem Rahmenvertrag mit F35-Jets für die Bundeswehr äußert er sich so: *»Das wird über Jahrzehnte Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland sichern.«* Als es um Munition geht, schildert Papperger, was eine Nachfrage des Verteidigungsministeriums für betriebswirtschaftliche Überlegungen nach sich zieht: *»Damit sich ein neues Pulverwerk rechnet, benötigen wir einen Rahmenvertrag von 800.000 Schuss mit einer Mindestabnahme von 100.000 Schuss pro Jahr. So viel Bedarf hat die Bundeswehr nicht. Darüber reden wir gerade.«*

Eine Anfrage der Abgeordneten Uta Zapf (SPD) im Jahre 2011 ergab, dass die Entwicklung und Produktion von 9.000 Einheiten der 155 mm Artilleriegeschosse mit Lenkungsfunktion (SMART 155 mm) insgesamt 510 Mio. Euro kostet, was einen Stückpreis von über 56.000 € ergibt.<sup>2</sup> »Dumme Bomben« kosten gemäß einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* 3.000 € pro Stück.<sup>3</sup>

Laut Angaben von Papperger gehen bei Rheinmetall jährlich *»70.000 und 80.000 Initiativbewerbungen«* allein aus Deutschland ein. Gibt es einen ökonomischen Grund dafür, warum ein Rüstungskonzern als Arbeitgeber so beliebt ist?

gegen das NATO-Ziel wehren, das vorsieht, die Militärausgaben in Höhe von 2% des Landes-BIP aufzuwenden?

Dies dürfte noch leicht verständlich sein. Orientieren wir uns im Folgenden an der Land-



Aktie der »Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik«. Gegründet im Jahre 1889, stieg die heutige Rheinmetall AG 2023 in den DAX auf. Ein rentenökonomisches Erfolgsrezept!

»Militär« ist trotz einer recht einfachen Abbildung weniger Zeilen im Bundeshaushalt kein einheitliches Gebilde. Der militärisch-industrielle Komplex weist einige Besonderheiten auf:

- Auf der Nachfrageseite befinden sich fast ausschließlich Nationalstaaten. Eine Entscheidung auf der Ebene des Individuums oder des Haushaltes findet nur politisch durch eine Wahlentscheidung statt. Ein Privathaushalt oder ein Unternehmen verfügt möglicherweise über Sicherheitstechnik und beschäftigt einen Sicherheitsdienst, aber er verfügt nicht über einen Panzer und beschäftigt keine Privatarmee.
- Die Herausbildung von internationalen Bündnissen erschwert demokratische Einflussnahme von unten. Wie kann ein einzelner sich

karte, die Dirk Lühr in seinem Buch »Prinzip Rentenökonomie«<sup>4</sup> aufführt (vgl. Tabelle). Hier wird deutlich: Auch aus rentenökonomischer Sicht sind einige theoretische Besonderheiten zu beobachten:

- Rüstungskonzerne, die militärisches »Großgerät« produzieren, verfügen aufgrund der alleinigen Auftragserteilung durch Nationalstaaten über ein sicherheitspolitisch hochrisikantes Informationsmonopol. Das Profitstreben bewirkt zugleich einen permanenten Konflikt: Es ist für einen Rüstungskonzern rational, den »Kundenstamm« um einen zweiten oder dritten Auftraggeber zu erweitern, was aber wiederum immer die Sicherheit des ersten Auftraggebers gefährden kann, und andersherum.
- Der militärisch-industrielle Komplex stellt einen der ressourcenintensivsten Industriezweige überhaupt dar. Ein Markteintritt für einen Neuankömmling ist stark erschwert und die Produktion bedarf auch eines hohen Einsatzes an »unreinen öffentlichen Gütern« (Feld 7), aber auch an Land und Natur in Privateigentum.

1 Armin Papperger im RND-Interview: »Kein Land in Europa ist gut auf einen Überfall vorbereitet.«, 10. Juni 2023: <https://www.rnd.de/wirtschaft/rheinmetall-chef-kein-land-in-europa-ist-gut-auf-einen-ueberfall-vorbereitet-4T3P6JJEEJBAXHAVG4VOY6GFWY.html>

2 Bundestag: Drucksache 17/5121, S. 30: <https://dserver.bundestag.de/btd/17/051/1705121.pdf>

3 <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-ukraine-munition-finanzierung-1.5763553>

4 Dirk Lühr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird. Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn. Metropolis: Marburg 2013: S. 18.

Vermögensgegenstände		(-) Durchhaltekosten / Produktions- und Substitutionselastizität (+)			
		„Land“ i.w.S.		„Kapital“	
(-) Ausschließbarkeit (+)	Privateigentum	[1]	„Kritische Assets“: Grund und Boden, Wasser, Patente, „wesentlichen Einrichtungen“ etc. – und: Liquidität  <i>Problem: Schutzzone vor Wettbewerb</i>	[2]	Maschinen, Gebäude, Transportfahrzeuge etc.  Entkapitalisierungs- und Machtbegrenzungsfunktion des Wettbewerbs
	Commons	[3]	Gemeinschaftlich verwaltet	[4]	Gemeinschaftlich hergestellt
	Öffentliches (staatliches) Eigentum	[5]	Öffentlich verwaltet	[6]	Durch Staat hergestellt
	Offener Zugang (open access)	[7]	Unreine öffentliche Güter: Fischbestände, biogenetische Ressourcen (vor TRIPs), Wasser (vor GATS) etc.  <i>Problem: Übernutzung</i>	[8]	Reine öffentliche Güter: Wissen, Sicherheit, öffentliche Gesundheit etc.  <i>Problem: Unzureichende Produktion</i>

Tabelle: Die Landkarte

- Das Gut »Sicherheit« gehört zum Feld 8 der »reinen öffentlichen Güter«. Die »unzureichende Produktion« bleibt prinzipiell fortwährend unzureichend: Ab wann ist ein Land wirklich sicher genug?
- Gestehen wir konservativen Militärstrategen theoretisch folgendes zu: Besteht aufgrund eines militärischen Gleichgewichts ein Friedenszustand, oder wird ein Land aufgrund des militärisch übergroßen, aber doch weitgehend friedlichen Nachbarn davon abgeschreckt, einen Überfall zu begehen und sich dabei selbst zu vernichten, so können unter Umständen auch die Militärausgaben eines anderen Landes Sicherheit erzeugen. Die blutige Menschheitsgeschichte hat aber gezeigt: Der Wunsch nach »Ausweitung der Sicherheit« kann für ein Land auch bedeuten, ein anderes Land einem Flächenbombardement zu unterziehen. Ein dadurch erzielter »Nutzen« ist für die Opfer nicht erkennbar. Die Folgeschäden durch Kriege, vor allem die externalisierten Kosten für die Umwelt und die folgenden Generationen, sind kaum zu beziffern.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die größten Rüstungskonzerne der Welt aussch-

ließlich als Kapitalgesellschaften firmieren, die nach bekannten Mustern danach streben, ihre rent-seeking-Aktivitäten auszuweiten. Bei kaum einen anderen Wirtschaftszweig wird das rentenökonomische Grundprinzip so deut-

**Bei kaum einen anderen Wirtschaftszweig wird das rentenökonomische Grundprinzip so deutlich wie hier: Die Risiken werden auf die schlecht organisierte Allgemeinheit ausgelagert, während die Gewinne privatisiert werden.**

lich wie hier: *Die Risiken werden auf die schlecht organisierte Allgemeinheit ausgelagert, während die Gewinne privatisiert werden.* Undurchsichtige Beraterverträge und professionelle Lobbyverbände, deren Kosten

letztendlich wiederum die Allgemeinheit zu tragen hat, sind hierbei nur die Spitze des Eisberges. Klar ist natürlich, dass mit dem Aussetzen der Wehrpflicht auch der Bedarf an Kriegsausrüstung bei der Bundeswehr sank. In Zeiten des Krieges bewirken Lobbyismus und Öffentlichkeitsarbeit aber erneut attraktivere Umsatzsteigerungen.

Diverse Skandale wie die Iran-Contra-Affäre in den 1980er-Jahren wurden vor allem geopolitisch analysiert. Dass die lachenden rentenökonomischen Dritten hierbei vor allem die beteiligten Rüstungskonzerne waren, bleibt in der Betrachtung häufig außen vor.

Zum Schluss noch einmal Armin Papperger: *»Natürlich spüren auch wir den Fachkräftemangel, aber wir profitieren davon, dass sich unser Image gewandelt hat. [...] Viele Menschen wollen ihr Land schützen, aber nicht alle als Soldat. Einige davon kommen zu uns.«*

Der klassische Rheinmetall-Ingenieur – ein feiger Patriot? Vermutlich eher jemand, der intuitiv rentenökonomische Zusammenhänge versteht.

Thomas Kubo

# Die Russland-Sanktionen oder: Die Kunst einen Wirtschaftskrieg zu führen

»D« as wird Russland ruiniert!« verkündete Annalena Baerbock am 25. Februar 2022 nach der Einigung der Europäischen Union auf harte Sanktionen gegen »das System Putin«. Dies war die nicht gerade von Selbstzweifeln kündende Ansage unserer Außenministerin nach der gezielten militärischen Eskalation Russlands des seit 2014 andauernden ostukrainischen Bürgerkriegs. Die Reaktion Russlands war vorhersehbar und war mehr oder weniger offen von Präsident Putin angekündigt worden.<sup>1</sup> Die Idee des Westens war es hingegen, auf die militärische Eskalation Russlands mit einem Wirtschaftskrieg zu antworten. Frei nach dem Motto: Unser Geld zerstört eure Panzer. Es folgte ein Sanktionspaket nach dem anderen.

Nun, zwei Jahre später, dauert der Krieg noch an. Nur dass die von Russland annektierten Gebiete der Ost- und Südukraine von der Ukraine zurückerobert werden oder dass gar Russland kollabiert, ist mit ziemlicher Sicherheit auszuschließen. Und die mehr oder weniger starke militärische Überlegenheit Russlands ist nicht zuletzt auf den gescheiterten Wirtschaftskrieg des Westens mit seinem Sanktionsregime zurückzuführen. Was ist – aus Sicht des Westens – hier schiefgelaufen?

## Historisch erfolgreiche Wirtschaftskriege: Opiumkrieg, Versailler Friedensvertrag, Unterwerfung der 3. Welt

Um Sanktionen zu verstehen, müssen diese in einen größeren Kontext gestellt werden: den Kontext der internationalen Außenwirtschaft. Es geht also um die langfristige Beschaffung und Gegenfinanzierung von möglichst günstigen Importen einerseits und - insbesondere aus imperialistisch-westlicher Sicht - um die Ausbeutung bis hin zur Erpressung zu bekämpfender oder zu plündernder Länder andererseits. Letzteres erfolgt normalerweise mittels Auslandsschulden in Fremd- bzw. Hegemonialwährung (wie dem US-Dollar, aber auch dem Euro).«

Daraus folgt: Sollte es gelingen, einen Staat in eine anerkannte Verschuldung in Fremdwährung zu treiben, kann diese Verschuldung als eine Art wirksame Sanktion ein zu bekämpfendes Land durchaus in den Ruin treiben. Dies war z.B. der Wirkmechanismus der Re-



Die Personifikation Großbritanniens, John Bull, zwingt China zur Annahme von Opium.

parationsforderungen des Versailler »Friedensvertrages«, der – möglicherweise unbeabsichtigt und zusammen mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 – in einem erneuten Regime-Change in Deutschland mündete. Ein Regime-Change, der der Welt besser erspart geblieben wäre! Oder dies war in China im 19. Jahrhundert durch die von Großbritannien aufgezwungenen Opium-Importe (aus der britischen Kolonie Indien) der Fall. Diese zusätzlichen chinesischen Importe ließen nicht nur die Auslandsverschuldung Chinas wachsen, sondern zerfraßen auch noch dessen Gesellschaft von innen heraus.<sup>2</sup> Und auch die durch die Zinsanhebungen des Fed-Präsidenten Paul Volcker Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre ausgelöste Schuldenkrise der damaligen Entwicklungsländer gehören in diese Kategorie der erfolgreichen ökonomischen Kriegsführung.<sup>3</sup> Zwar wurden die Zinsanhebungen der Federal Reserve mit der zu bekämpfenden Inflation in den USA begründet, allerdings wurde die Zerstörung der Entwicklungsländer dabei durch einen schlagartig ansteigenden Schuldendienst nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern zugleich auch gezielt genutzt, politische Vorstellungen der US- aber auch europäischen Eliten in der damaligen »3. Welt« durchzusetzen. Das bekannteste Hauptinstrument

war hierbei der von den westlichen Ländern kontrollierte Internationale Währungsfond (IWF) und seine mit politischen Auflagen verbundenen Kreditprogramme zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit.

Länder können also durchaus über die Verhängung von Reparationsforderungen, zusätzlichen Importzwängen oder eine z.B. währungspolitisch erzwungene Erhöhung von Schulden in Fremdwährung in die Knie gezwungen werden. Die Logik dahinter: Die Belastung wirkt auf die überschuldeten Länder, als ob diese zusätzliche Importe beschaffen müssen, ohne jedoch (essenzielle) Importgüter zu erhalten und ohne über andere Einnahmen zur Finanzierung dieser zusätzlichen Zahlungsströme an das Ausland zu verfügen. Wird die Last zu groß, brechen diese Länder auf die ein oder andere Weise zusammen bzw. können gefügig gemacht werden.

Doch es gilt auch umgekehrt: Eine erfolgversprechende Sanktionsstrategie muss genau auf diese Art der Überforderung setzen, um erfolgreich zu sein.

## Importsanktionen führen nicht zum Zusammenbruch

Die Sanktionspakete gegen Russland waren jedoch anders konzipiert, vermutlich, weil

zunächst kein einfacher Schuldenhebel oder durchsetzbare Reparationsforderungen gegen Russland zur Verfügung standen. Zudem hat Russland nach der Machtübernahme durch Präsident Putin an Neujahr 2000 seine Energieressourcen zu einem nennenswerten Anteil wieder verstaatlicht, nachdem diese in den 1990er Jahren auf Anraten westlicher Berater unter Boris Jelzin privatisiert worden waren.<sup>4</sup> So konnten unter Putin die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft wieder zur schuldenfreien Finanzierung von Importen und zum Aufbau einer starken internationalen Vermögensposition in den Händen des russischen Staates verwendet werden – eine Vermögensposition, die – vermutlich zum Ärger der USA – außerdem seit 2014 aktiv in Nicht-Dollar-Vermögenswerte (u.a. Gold und chinesische Renminbi) umgeschichtet wurde.

Mangels tatsächlicher oder deklarierbarer Schulden musste also eine alternative Unterwerfungsstrategie her und es wurden zunächst die russischen Importe sanktioniert.

Die Sanktionierung seiner Einfuhren kann für ein Land – sollte es zwingend auf bestimmte Importe angewiesen sein – durchaus zu Versorgungsschwierigkeiten und unverhältnismäßig hohen Importpreisen (für die dann »geschmuggelten« Importwaren) führen. Aber eine strukturelle Überforderung ist mit diesem Ansatz selbst bei Ländern, die viel stärker auf Importe angewiesen sind als Russland (wie z.B. Venezuela oder Nord-Korea) kaum möglich. Denn mit diesen Sanktionen können die Importe in der Regel nicht mehr in den international akzeptierten Währungen US-Dollar, Euro, Yen, Pfund oder Franken per Kredit finanziert werden, sondern sind per (indirektem) Naturaltausch zu beschaffen. Die Wirtschaftsleistung der so sanktionierten Länder geht zwar in der Regel zurück, ebenso die Versorgungsfähigkeit der Bevölkerung, aber eine Überforderung durch Überschuldung (in Fremdwährung) unterbleibt.

Bei Russland stellt sich zudem das Problem, dass es über fast alle benötigten Rohstoffe –

Erdöl, Erdgas, Erze, Getreide bis hin zu Edelmetallen für die Chip-Produktion – verfügt, ohne diese importieren zu müssen. Die Weltwirtschaft ist hingegen auf die russischen Rohstoffe angewiesen.<sup>5</sup> Außerdem verfügt Russland über eine industrielle Basis, die das Potenzial der deutschen Industrie in vielen Bereichen übertrifft. Diese industrielle Basis war – aufgrund der Dominanz der Rohstoffexporte – zwar in weiten Teilen nicht exportfähig und hinkte auch internationalen Markterfordernissen hinterher. Aber sie wurde in Russland aus politischen Gründen gezielt aufrechterhalten bzw. in den Nullerjahren sogar zum Teil neu aufgebaut, um genau für eine Situation wie die jetzige zur Verfügung zu stehen. Abgesehen davon war und ist Russland in einigen speziellen, insbesondere militärisch relevanten Bereichen wie der Raumfahrt und Raketen- und Raketenabfangtechnologie nach wie vor führend. Vor diesem Hintergrund waren die Importsanktionen von vornherein zum Scheitern verurteilt.

### Exportsanktionen: erfolgversprechender, aber nicht durchsetzbar

Nun kann man fragen, ob reine Exportsanktionen nicht besser gewesen wären. Die Logik hinter dieser Überlegung: Importiert Russland weiter alles Mögliche und am besten noch deutlich mehr als bisher und werden zugleich die Exportmöglichkeiten beschnitten, droht ein Leistungsbilanzdefizit und somit eine steigende Nettoverschuldung (in Fremdwährung). Doch die Wirkung der verhängten Exportsanktionen war aus anderen Gründen geradezu katastrophal. Sie entfremdeten viele asiatische, afrikanische und zum Teil sogar die lateinamerikanischen Staaten (weiter) von Europa und den USA. Denn sanktionsbedingt verteuerten sich die Rohstoffe auf den Weltmärkten und die Schwellen- bzw. Entwicklungsländer waren nicht in der Lage, die neuen Preise, z.B. für den Import von Energieträgern, zu zahlen. Und wären sie es gewesen, wären die Preise noch stärker gestiegen. Daher blieb z.B. dem Großabnehmer Indien auch gar nichts anderes übrig, als das jetzt mit Rabatten (gemessen am Weltmarktpreis) angebotene russische Erdöl zu kaufen und so zugleich entlastend auf die Weltmarktpreise einzuwirken. Denn die hohen Rohstoffpreise stellen ökonomisch wirksame Sanktionen gegen importabhängige Entwicklungs- und Schwellenländer dar, aber nicht gegen Russland! So ist es absolut nachvollziehbar, dass für diese Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika die Ukraine weit weg ist, während der Hunger und andere ökonomische Katastrophen, die durch hohe Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise ausgelöst werden, dort als sehr nah und real empfunden werden.<sup>6</sup> Absurditäten, wie dass Deutschland seine Erdölimporte aus Indien verzweifelt hat, während Indien selbst nun das zusätzliche,

- 1 Zur Erinnerung: Nach der Amtsübernahme durch Joe Biden im Januar 2021 gab es eine erste Eskalation, die in dem Dekret 2021-117 (militärische Rückeroberung der Krim) vom März 2021 des ukrainischen Präsidenten Selenskyj ihren ersten Höhepunkt erreichte. Es folgte ein Truppenaufmarsch zunächst der ukrainischen Armee an der Kontaktlinie zu den selbst erklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und kurz darauf der russischen Armee an der ukrainischen Grenze. Zunächst konnte der Krieg noch einmal abgewendet werden, es kam zu einem Gipfeltreffen Biden – Putin in Genf im Sommer 2021. Im Herbst erklärten dann aber Deutschland und Frankreich das völkerrechtlich verbindliche Minsk II-Abkommen zur friedlichen Beilegung des ostukrainischen Bürgerkrieges unter der Hand für gescheitert, was von russischer Seite nicht akzeptiert wurde. Russland publizierte voller Empörung den entsprechenden diplomatischen Schriftverkehr. Putin änderte in öffentlichen Reden seine Wortwahl und sprach z.B. statt von »nicht anerkannten Republiken im Donbas nun von den »bisher nicht anerkannten Republiken im Donbas« und betonte weitere rote Linien, die insbesondere die militärische und politische Eingliederung der Ukraine in die NATO betrafen. Russland veröffentlichte einen Vertragsentwurf für eine neue Friedensordnung in Europa und erklärte, dass Russland technisch-militärisch reagieren werde, sollte es nicht zu substantiellen Verhandlungen darüber kommen. Russlands Vorschläge wurden vom Westen jedoch rundweg abgelehnt. Stattdessen wurden von Seiten der EU-Kommission durch Absprachen mit den einzelnen EU-Staaten bereits seit Januar umfassende Sanktionen gegen Russland vorbereitet und die breite deutsche Öffentlichkeit wurde in der tagesschau vom 14. Februar 2022 vor einem bevorstehenden russischen Angriff auf die Ukraine gewarnt. Als Selenskyj am 18. Februar dann den Ausstieg der Ukraine aus dem Budapester Memorandum (also die Aufkündigung der Verpflichtung, keine eigenen Atomwaffen zu produzieren bzw. zu besitzen) unter Applaus der Besucher der Münchner Sicherheitskonferenz ankündigte, war aus russischer Sicht ein Krieg unvermeidbar. Am 21. Februar wurden die Donbas-Republiken von Russland als eigene Staaten anerkannt. Die Ukraine veröffentlichte daraufhin – quasi um ihren Anspruch auf diese zu unterstreichen – noch einmal den Beschuss des Donbas mit Artillerie. Und Russland begann am 24. Februar schließlich den offenen Krieg.
- 2 Vgl. Karl Marx, Die Revolution in China und Europa (1853). Die von Marx erhoffte Revolution in China fand zwar erst 100 Jahre später statt. Aber die wesentlichen ökonomischen Fakten wurden von Marx schon damals klar benannt und mit statistischen Angaben untermauert. Am Rande: Die Bedeutung des Opium-Krieges für die heutige Sicht Chinas auf den Westen sollte nach wie vor nicht unterschätzt werden.
- 3 Die Federal Funds Rate – der geldpolitische Zielzinssatz der US-Notenbank – erreichte am 12. Juli 1981 das bisherige Allzeithoch von 22,36% (<https://www.federalreserve.gov/data/download/Chart.aspx?rel=H15&series=c5025f4bbbed155a6f17c587772ed69e&lastobs=&from=01/01/1978&to=12/31/1992&filetype=csv&label=include&layout=seriescolumn&pp=Download>). Getrieben durch die hohen Zinsen für sichere US-Anleihen stieg zugleich der Dollar ab Juli 1980 von 1 US \$ = 1,75 DM bis August 1981 auf 1 US \$ = 2,50 DM und nach einer kurzen Pause bis März 1985 weiter auf 1 US \$ = 3,30 DM ([https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?listId=www\\_sdks\\_b01011\\_2&Tab=1&Id=BBEX3.M.USD.DEM.AA.AC.A02&id=0&startDate=1978&endDate=&startVintage=&endVintage=](https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?listId=www_sdks_b01011_2&Tab=1&Id=BBEX3.M.USD.DEM.AA.AC.A02&id=0&startDate=1978&endDate=&startVintage=&endVintage=)). Somit wurde für Entwicklungsländer die Fremdverschuldung in US \$ sowohl aufgrund der hohen Zinsen als auch der damit einhergehenden Aufwertung des Dollars untragbar. Die Schuldendienstquote (Zinsen plus Tilgungen bezogen auf die Exporte der jeweiligen Länder) stieg so z.B. in Lateinamerika von 28,2% im Jahr 1977 auf 54,1% fünf Jahre später (<https://www.grin.com/document/53104>).
- 4 Ein paar Hintergrundinformationen zu den »Privatisierungen« der 1990er Jahre finden sich in Joseph Stiglitz, »Globalisation and its Discontents«, insbesondere in dem Kapitel »Who lost Russia?«.
- 5 Um die Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften zu beurteilen, ist zunächst auf das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) abzustellen. Wer die Widerstandskraft einer Volkswirtschaft gegen Sanktionen beurteilen will, muss darüber hinaus einerseits die Verfügbarkeit von im Produktionsprozess benötigten Ressourcen und andererseits die kaufkraftbereinigte Leistungsfähigkeit von Landwirtschaft und Industrie beurteilen. Dienstleistungen, vor allem nicht-staatliche wie Beratungsleistungen oder Zahlungen für Patente, sind hier von eher untergeordneter Bedeutung.

nach Deutschland exportierte Erdöl aus Russland bezieht, verkommen vor diesem Hintergrund zu kleinen zynischen Randnotizen.<sup>7</sup>

### **Die faktisch verhängten Sanktionen: Widersprüchlich, unwirksam oder vollständig kontraproduktiv**

Nun wurden von den westlichen Regierungen sowohl Import- und als auch Exportsanktionen – und noch vieles andere – über Russland verhängt. Insbesondere der Ausschluss Russlands aus dem zwar in Belgien ansässigen, aber faktisch US-abhängigen Zahlungsinformationssystem SWIFT sollte dies umfassend sicherstellen. Doch durch diesen wilden Rundumschlag wurden die Sanktionen nicht wirksamer, sondern nur in sich widersprüchlich, hoben sich zum Teil gegenseitig auf oder karikierten auf andere Art und Weise ihre intendierte Wirkung. So wurden einerseits Importe nach Russland erschwert, wodurch zur selben Zeit der Exportbedarf Russlands zur Finanzierung der Importe sank. Zugleich sollte mit den Sanktionen aber auch der Export, insbesondere von Öl und Gas, behindert werden. Beides zusammen brachte die absurde Konstellation mit sich, dass selbst wenn die Einnahmen Russlands aus Rohstoffexporten gesunken wären, diese durch die sinkenden Importausgaben kompensiert worden wären. Außerdem mussten sich westliche Firmen unter hohen Verlusten aus Russland zurückziehen, was die von russischen Hardlinern geforderte Re-Russifizierung der russischen Wirtschaft stark beförderte. Die Sanktionen gegen russische Milliardäre und Multimillionäre wiederum verminderten deren Vermögen in westlichen Off-Shore-Zentren und insbesondere am Finanzplatz London. Sie reduzierten damit die soziale Schiefelage innerhalb der russischen Bevölkerung und zwangen die reiche Oberschicht Russlands faktisch zur Loyalität gegenüber Putins Regierung, um nicht auch noch ihr russisches Vermögen zu riskieren. Zudem erhöhten die Sanktionen die Wirtschaftlichkeit der bislang

subventionierten russischen Industrien jenseits des Rohstoffsektors. Der partielle Schaden, z.B. in der russischen Autoindustrie, wurde durch Nutzen an anderer Stelle – Aufschwung des staatlichen (Militär-, Elektronik- und Maschinenbau-)Industriekonglomerates ROSTEC, aber auch anderer, privater Industrieunternehmen – fast vollständig ausgeglichen.<sup>8</sup>

Darüber hinaus führte die Abkopplung von SWIFT dazu, dass die vorbereiteten alternativen russischen bzw. russisch-chinesischen Zahlungsinformationssysteme<sup>9</sup> nicht länger ungenutzt blieben und der russisch-chinesische Außenhandel sprunghaft anstieg.<sup>10</sup> Nur das Einfrieren der Währungsreserven war ein unerwartet harter Schlag, den Russland erst einmal ohne Kompensation verdauen musste. Doch langfristig dürfte gerade dieser Schritt den Westen am teuersten von allen Sanktionen zu stehen kommen: China, die arabischen Staaten, aber faktisch alle Staaten außerhalb der westlichen Hemisphäre haben das Signal verstanden, dass ihnen mehr oder weniger bald dasselbe drohen könnte. Der Rückzug aus dem Dollar – aber auch aus dem Euro – hat begonnen. Die Degradierung des Westens im internationalen ökonomischen Gefüge ist damit vorgezeichnet.

Der Westen versuchte Russland mittels Sanktionen unter Druck zu setzen und zu isolieren wie seinerzeit die Weimarer Republik durch die Reparationsforderungen oder China im 19. Jahrhundert mit den Opium-Importen. Doch die Sanktionen konnten keinen den Reparationsforderungen oder Opium-Importen vergleichbaren Schaden erzeugen. Die ausländischen Importe wurden meist relativ rasch im Inland ersetzt. Und die Antwort der übrigen Welt fiel aus, wie sie ausfallen musste: Die Schwellenländer konnten sich die Russland-Sanktionen schlicht nicht leisten. Indien fiel hierbei aufgrund seiner Größe wie von selbst die Vorreiterfunktion zu, was aber viele Länder

außerhalb der westlichen Hemisphäre teilweise recht offen begrüßten.

### **Wie geht es weiter?**

Durch die westlichen Sanktionen hat die internationale Unterstützung für Russland seit Kriegsbeginn faktisch zu- und nicht abgenommen! Nicht Russland, sondern die USA und Europa stehen zunehmend unter Druck. Zudem haben die Sanktionen in Europa ganz unmittelbar zu explodierenden Preisen bzw. Reallohnverlusten und einer Schwächung der Leistungsbilanz geführt. Das alles war absolut absehbar und wurde von den westlichen Politikern wissentlich oder (noch schlimmer) unwissentlich in Kauf genommen.

Das »Schlimmste«, was Russland jetzt passieren könnte, wäre, dass der Westen die Sanktionen sofort und vollständig beendet, denn dann würden die Rohstoffpreise – und damit die russischen Exporteinnahmen – fallen und zugleich wäre die russische Industrie wieder unter Druck und nicht mehr durch die Sanktionen gegen ausländische Konkurrenz geschützt! Mit der Aufhebung der Sanktionen könnte Russland durchaus geschadet werden. Nur der von Annalena Baerbock und anderen erwünschte Ruin Russlands dürfte auch dann ausbleiben.

Den Wirtschaftskrieg gegen Russland hat der – aus Sicht nicht-westlicher Länder – sehr selbstgerechte Westen also verloren. Und das ist auch gut so. Dennoch bietet die Schadenfreude über das Russlands-Sanktions-Desaster des Westens noch keine Perspektive für die Zukunft. Russland, China oder Indien mögen zwar stark genug sein, sich auch in Zukunft selbst zu schützen. Doch schwächere Länder können weiterhin mit tatsächlicher oder erzwungener Verschuldung in Fremdwährung in die Knie gezwungen werden. Die Welt braucht deshalb nicht nur einen militärischen Interessensausgleich und eine robuste Friedensordnung, sondern eben auch Frieden an der Wirtschaftsfrent. Und dies erfordert eine internationale Währungsordnung, die für Ausgleich und Stabilität sorgt und auch kleinere bzw. weniger robuste Länder hinreichend schützt. Und eine solche Währungsordnung können nur Institutionen wie Silvio Gesells IVA oder John M. Keynes Bancor leisten<sup>11</sup>, Institutionen, die den strukturellen Zahlungsbilanzausgleich aller Staaten zum Ziel haben. Wo es stets ausgeglichene Zahlungsbilanzen gibt, können sich erst gar keine destruktiven Verschuldungspositionen in Fremdwährung – die Grundvoraussetzung für internationale Unterwerfung – aufbauen. Nur mit einer gerechten Weltwährungsordnung wird weltweit nachhaltige Stabilität erst möglich. ■

Axel Thorndorff

6 Der FAO Food Price Index (<https://www.fao.org/worldfoodsituation/fao-food-price-index/en>) stieg schon 2021 an – teilweise durch die seit Anfang 2021 massiv forcierte Abkehr der Europäer vom billigen russischen Pipeline-Gas. Das günstige russische Gas bildete bis 2022 die Grundlage für die in Ludwigshafen (BASF) ansässige Ammoniaksynthese – Ammoniak ist der wesentliche Grundstoff für Stickstoff-Dünger. Die Düngerpreise explodierten u.a. deshalb schon vor Kriegsausbruch. Der Anstieg Spekulation getrieben worden sein. Mit Kriegsausbruch und den sofort verhängten Sanktionen schnellten die Nahrungsmittelpreise dann nochmal zusätzlich nach oben. Russlands Importe wurden meist relativ rasch im Inland bzw. aus Ostasien ersetzt.

7 <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/lachen-die-inder-gerade-deutschland-aus-li.318218>

8 <https://www.les-crises.fr/russeurope-en-exil-les-sanctions-economiques-contre-la-russie-ont-elles-echoue-par-jacques-sapir/>

9 Verfügbar war bereits vor dem Krieg das russische System SPFS sowie das chinesische System CIPS. ROSTEC legte bald darauf eine weitere, kryptobasierte Alternative, CELLS, vor. (<https://beincrypto.com/russia-develops-blockchain-system-to-replace-swift/>)

10 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/china-export-wirtschaft-boom-russland-100.html>

11 Die IVA, Internationale Valuta Assoziation, basiert auf einer internationalen Verrechnungswährung, in der Zahlungsbilanzforderungen und -verbindlichkeiten zu halten sind und die einer eigenen negativen Verzinsung unterliegen. Der Bancor-Plan fordert einen Mechanismus, wie sowohl Überschuss- als auch Defizitländer in die Pflicht genommen werden, Leistungsbilanzungleichgewichte abzubauen. Ein wesentliches Instrument sind hierbei ebenfalls Negativzinsen auf Zahlungsbilanzforderungen.

# Ein radikaler Vorschlag: Rüstung und Militär verstaatlichen

**R**üstungsausgaben begrenzen und Rüstungsfirmen somit die Rüstungsaufträge kürzen – das war stets der explizite oder implizite Ansatz der Friedensbewegung. Doch das funktionierte nicht und es kann auch nicht funktionieren, denn es geht um zuviel Geld. Wer Frieden will, muss zunächst dem Kriegsgeschäft die ökonomische Grundlage entziehen und alles Militärische vollständig unter staatlich-politische Kontrolle bringen. Und dies kann nur bedeuten: Der Krieg muss entkapitalisiert werden, die Rüstungsindustrie ist vollkommen zu verstaatlichen!

Die folgenden Einzelpunkte drücken je einen eigenen Missstand aus. In der Summe sind die Missstände aber so zahlreich, so umfassend und so schädlich, dass nur ein harter Bruch mit der bisherigen Ideologie des privaten Rüstungssektors helfen kann.

- In der privaten Rüstungsindustrie blüht die Korruption wie in kaum einem anderen Industriezweig. Nicht nur der privat-staatlich-politisch-militärisch-industrielle Komplex der USA gilt als einer der mächtigsten und zugleich korruptesten Strukturen weltweit. Auch in Deutschland hält das Beschaffungswesen sich im Bereich Rüstung beispielsweise regelmäßig nicht an die eigenen Regeln, und die deutschen Politiker scheint dies nicht zu stören. Mit einer Verstaatlichung kann man Korruption nicht vollkommen verhindern. Aber wesentliche Anreize für »Kickbacks« – in welcher Form auch immer – oder andere Gefälligkeiten lassen sich so zumindest nennenswert reduzieren.
- Durch Verstaatlichung entfallen für die Besitzer der Konzerne, zu denen auch immer die großen Vermögensverwalter gehören, die leistungszerstörenden Kriegs-Dividenden. Nur wenn die großen Vermögensverwalter und andere Investoren im Krieg kein Geschäft mehr sehen, kann Frieden gelingen.
- Rüstungskonzerne verfügen durch die ausschließlich staatlichen Aufträge über hochsensible Informationen, die entweder exklusive bei der Herstellung von Präzisionswaffen anfallen oder die sie sogar gezielt von den Geheimdiensten erhalten, um überhaupt moderne Waffen herstellen zu können. Mit diesen Informationen können die privaten Firmen aber wiederum ihre eigenen Auftraggeber subtil oder offen er-

pressen und politische Akteure gegeneinander ausspielen. Rüstungskonzerne sind als private, investorenorientierte Firmen unvermeidlich ins politische Geschäft und in Nachrichtendienststrukturen eingebunden. Sie bilden eine geopolitische Achillesferse.

- Wenn man moderne Waffensysteme betrachtet, kooperieren die Rüstungskonzerne jetzt bereits eng verzahnt untereinander. Und anders können integrierte Waffensysteme auch gar nicht hergestellt werden. Die Idee eines effizienten Wettbewerbs ist bei Rüstungskonzernen vollkommen illusorisch. Die Vorstellung, man zerstöre ihn

sierung von Armeen vorantreiben, merken, dass sie in einem Land mit verstaatlichtem Rüstungssektor einen schweren Stand haben.

- Es gibt immer wieder Konflikte bei Regelungen, die die Ausfuhr deutscher Waffensysteme betreffen. Eine verstaatlichte Rüstungsindustrie, die ohne Gewinnabsicht für den Eigenbedarf bzw. rein nach politischen Vorgaben produziert, hat diesen Zielkonflikt nicht.
- Eine klassische Produkthaftung wie in jedem zivilen Wirtschaftsbereich ist für Militärgerät, das in einer konkreten Kampfsituation eingesetzt wird, kaum denkbar,



Kann man wirksam abrüsten, ohne die Frage nach dem Eigentum über die Produktionsmittel zu stellen?

durch Verstaatlichung, ist es ebenso. Der Zustand der regelmäßig so bezeichneten »kaputtgesparten Bundeswehr«, die zugleich aus einem seit mehreren Jahren wachsenden Verteidigungshaushalt gespeist wird, dürfte in erster Linie in der Ineffizienz des jetzigen Rüstungssektors begründet sein. Das NATO-Zweiprozentziel lädt vor diesem Hintergrund die Rüstungskonzerne zu weiterer Selbstbedienung ein.

- Die deutsche Bundeswehr befindet sich zurzeit in öffentlicher Hand. Konzernsoldaten und Privatarmeen als Söldner des 21. Jahrhunderts sind allerdings weltweit immer mehr im Einsatz. Eine Verstaatlichung der Rüstung setzt diesem gefährlichen Trend etwas entgegen: Akteure, die die Privati-

weil die Nachweisschwelle extrem hoch ist. Die Haftung ist bei Rüstungskonzernen damit de facto nicht gegeben, und die Konzerne haben ein inhärentes Interesse, entsprechende Ansprüche abzuwehren. In Verbindung mit dem Besitz hochsensibler Informationen bildet dies ein »ordoliberaleres Fiasko«.

- Nur eine Verstaatlichung des gesamten Militärssektors löst den gordischen Knoten und ermöglicht eine wirksame Friedenspolitik. Der entscheidende Punkt im politischen Kampf für Frieden, ist nicht die Abrüstung selbst, sondern dem Krieg seinen mächtigsten Verbündeten zu rauben: Die Kriegsdividende.

Matthias Klimpel, Thomas Kubo

# Unter welchen Bedingungen können wir uns Frieden leisten?

Die Kriege von morgen sind auch eine Folge der Taten oder Unterlassungen von heute. Angesichts des Hungers und Elends in der Welt erscheint es geradezu als unverantwortlich und grotesk, immer größere Summen in Rüstungsprojekte zu stecken.

**A**uf über 70 Milliarden Euro soll der deutsche Wehretat 2024 gesteigert werden, auch dank des 100-Mrd.-€ »Sondervermögen«. Das NATO-Ziel, das Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vorsieht, wird damit übertroffen. Außerdem ist Deutschland, nach den USA, Russland und Frankreich, nach wie vor viertgrößter Waffenlieferant der Welt, und hat insbesondere die Verkäufe in die Krisenregion Nahost in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Mit der Produktion von Kriegsgerät nimmt auch die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen immer mehr zu. Gefordert wird daher vielfach eine »ökologische Konversion«. Anstatt Rüstungsgüter sollen notwendige und ökologisch verträgliche zivile Produkte hergestellt werden. Übersehen wird dabei zumeist, dass es dann – unter heutigen Bedingungen zumindest – noch schneller zur Überfüllung vieler Märkte käme. Mit Sättigungsprozessen kommt das kapitalistische Wirtschaftssystem jedoch nicht zurecht. Dies soll im Folgenden genauer ausgeführt werden. Dabei soll dargestellt werden, unter welcher Voraussetzung ein Wirtschaftssystem auch ohne Rüstungswahnsinn und Krieg unter Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen funktionieren, das heißt Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle bieten kann.

## Folgen der heutigen Geldordnung

Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Rüstung sind schon häufig gesehen und beschrieben worden. Welche Bedeutung dabei die heutige Geldordnung hat, ist vielen nicht bewusst. Geld nimmt bekanntlich in der Wirtschaft eine Schlüsselrolle ein, es vermittelt zwischen Bedarf und Leistungsangebot. Und wenn Unternehmer und Arbeiter zusammen etwas produzieren wollen, wird Geldkapital benötigt. Wie und unter welchen Bedingungen Bedarf und Leistungsangebot zusammenkommen und unternehmerische und abhängige Arbeit zustande kommen, hängt von der Art der Geldordnung ab.

Im herkömmlichen Geldsystem kostet Geld Zinsen. Ohne Zins kein Geld, keine Arbeit, kei-

ne Produktion, keine Bedarfsdeckung. Wie teuer Geld ist, wie hoch sein »Preis« (der Zins) ist, hängt in einer freien Wirtschaft von Angebot und Nachfrage ab. Wächst das Angebot ständig stärker als die Nachfrage, sinkt der Zins allmählich immer weiter ab. Er kann schließlich so niedrig werden, dass es sich aus der Sicht der Geldkapitalinhaber nicht mehr lohnt zu investieren. Der langfristige Prozess der fallenden Tendenz der Zinsrate beruht auf der Wechselwirkung zwischen Sachkapital und Geldkapitalzins. Weil immer mehr Sachkapital (Gebäude, Maschinen usw.) und Geldkapital gebildet wird, sinkt der Sachkapitalzins und in der Folge auch der Geldkapitalzins. Beide tendieren auf den Wert null hin – eine ganz normale Entwicklung zu natürlicher Sättigung, zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, die aber in der traditionellen Geldordnung vorzeitig gestoppt wird.

Würde nämlich während einer Niedrigzinsphase die Tendenz zur Nullzinsentwicklung andauern, dann droht die Investitionsbereitschaft des Geldkapitals rasch abzunehmen und die Vermittlungsfunktion des Geldes würde weitgehend lahmgelegt. Produktion und Handel kämen folglich zum Erliegen, die Volkswirtschaft geriete in eine große Krise mit Massenarbeitslosigkeit. Eine solche für das Kapital ungünstige Entwicklung eines gegen null sinkenden Zinsniveaus kann der Staat zwecks Vermeidung einer großen Krise verhindern, indem er besondere Nachfrage nach Kapital schafft, vor allem mit der Rüstungsindustrie.

## Rüstung zur Kapitalmehrung

Rüstungsproduktion ist für die Bewahrung der Rentabilität des Kapitals besonders interessant. Die entsprechenden »Güter« erscheinen nicht auf dem zivilen volkswirtschaftlichen Markt, sie vermehren nicht das Sachkapitalangebot mit der Wirkung, dass das Zinsniveau schneller sinken würde. Ständige Vermehrung von Rüstungssachkapital wirkt nicht zinsdrückend.

Außerdem wird durch den entsprechenden Verzicht ziviler Produktion – viele Millionen Menschen arbeiten für die Rüstung – der Be-

»Es sind vor allem auch geldordnungsbedingte wirtschaftliche Zwänge, die den Rüstungswahnsinn geradezu erforderlich machen.«

darf im zivilen Sektor nur unzureichend befriedigt, was ein langsames Sinken des Zinsniveaus zur Folge hat.

So stellte bereits Rudolf Steiner in einem Vortrag vom 28. Mai 1919 fest: *»Der Kapitalismus hat ja eine Veränderung durchgemacht durch die Kriegswirtschaft. Die Kriegswirtschaft hat in einer gewissen Weise den Kapitalismus bis zu seiner höchsten Höhe erhoben. Und sie konnte das dadurch, daß völlig an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen vorbeigewirtschaftet wurde, indem nur für den Krieg gewirtschaftet wurde.«*

Die vorrangige Bedeutung des Zinses in der bestehenden Geldordnung und die Funktion, die die Waffenproduktion zwecks Erhaltung der Rentabilität des Kapitals hat, dürften mit den bisherigen Ausführungen schon einigermaßen deutlich geworden sein. Wir müssen aber noch eine andere Blickrichtung einnehmen, um die geldordnungsbedingte Problematik in größerem Umfang zu erkennen.

Das Prinzip von Zins und Zinseszins bedeutet prozentuales Wachstum, langfristig exponentielles Wachstum. Ein Betrag von 2.000 Euro zum Beispiel wächst bei 6 % Zinsen in zwölf Jahren auf 4.000 Euro, in weiteren zwölf Jahren auf 8.000 Euro, wie die geometrische Reihe 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128 usw. Die Faustregel zur Ermittlung der Verdoppelungszeiten lautet:  $72/\text{Zinssatz} = \text{Verdoppelungszeit in Jahren}$ .

Wir haben es mit einer Wachstumsart zu tun, die natürliche Grenzen nicht akzeptieren will. Nun wächst das gesamte Kapital einer Volkswirtschaft nicht ganz so rasant, weil auch im-

mer wieder Beträge für Konsumzwecke abgezweigt werden. Die geometrische Reihe zeigt die Höchstgeschwindigkeit, mit der ein Betrag wachsen kann. Aber früher oder später führt die ständige Vermehrung der Geldvermögen zu immer größeren Ungleichgewichten. So darf man sich nicht wundern, dass die Geldvermögen (in nominalen Beträgen) von 1950 bis 2016 um das 350-Fache zugenommen haben, die volkswirtschaftliche Leistung aber »nur« um das 63-Fache gestiegen ist. Ständig wachsende Geldvermögen verlangen immer mehr rentable Anlage- und Investitionsmöglichkeiten. Diese bekommen sie – durch die staatliche Verschuldungspolitik garantiert – vor allem mit der expandierenden Rüstung, aber auch zum Beispiel mit den kapitalintensiven und relativ kurzlebigen Atomenergieanlagen. Weil die Geldvermögen ständig zunehmen und die Banken die Zinsen für ihre Kunden hereinbekommen wollen, müssen diese Wahnsinnsprojekte ebenfalls wachsen (»Overkill«) und muss die Schaffung militärischer Projekte schließlich bis in den Weltraum ausgedehnt werden.

Würden nun die Rüstungsinvestitionen im Falle einer Abrüstung größeren Ausmaßes fortfallen, würden nicht nur Millionen Arbeitskräfte »freigesetzt«, sondern es wäre auch aufgrund der Schwemme von Kapital mit dessen Rentabilität vorbei. Mangels Zinsgewinnaussichten würde kaum noch irgendwo investiert. Die Wirtschaft geriete in eine schwere Krise mit Massenarbeitslosigkeit. Selbst wenn im zivilen Produktionsbereich Pro-

**»In einer neuen Geldordnung würden Bereiche wie Pflege, Bildung, Jugendarbeit und Handwerk gestärkt.«**

jekte vom Umfang der Rüstungsindustrie geschaffen würden – was wegen der fortschreitenden Umweltzerstörung unter Umständen sehr bedenklich wäre –, für das Kapital wäre es nur eine kurze Freude, denn die ständige weitere Sachkapitalvermehrung würde den Zins rasch zum Sinken bringen.

So schrieb auch George Bernard Shaw im Jahre 1944: *»Alle Kapitalisten, die ich kenne, haben den Krieg wie ich. Anzunehmen, daß einer von uns wohlüberlegt ein angezündetes Streichholz in ein Pulvermagazin schleudern würde, damit der Zinssatz um zwei oder drei Prozent steigt, stünde in krassestem Widerspruch zur Natur des Menschen und zu den nackten Tatsachen. ... Und trotzdem folgt auf*



Setzen wir das Kapital durch Negativzinsen unter Angebotsdruck, dann wird statt kapitalintensiver Rüstungsprojekte solche Arbeit gefördert und gut bezahlt, die der Gesellschaft dient.

*zweieinhalb Prozent mit der gleichen Gewißheit Krieg, wie die Nacht auf den Tag folgt.«*

Setzen wir das Kapital durch Negativzinsen unter Angebotsdruck, dann wird statt kapitalintensiver Rüstungsprojekte solche Arbeit gefördert und gut bezahlt, die der Gesellschaft dient. Abrüstung in größerem Umfang ist nach alledem kaum vorstellbar, solange man an der bisherigen Geldordnung festhält. Es sind nicht einfach nur Profitgier von Waffenproduzenten und militärpolitische Entscheidungen, die das Geschäft mit der Rüstung verursachen, sondern vor allem auch geldordnungsbedingte wirtschaftliche Zwänge, die den Rüstungswahnsinn geradezu erforderlich machen.

### **Eine neue Geldordnung**

Die Initiativen der Friedensbewegung haben sich also intensiv auf die Forderung einer besseren Geldordnung zu konzentrieren, die es ermöglichen würde, im Falle einer Auflösung der Rüstungsindustrie die wirtschaftliche Konjunktur aufrechtzuerhalten und die »freigesetzten« Arbeitskräfte anderweitig zu beschäftigen. Verstaatlichung von Produktionsmitteln und Banken zum Beispiel lösen das Problem nicht (vgl. hierzu allerdings den Beitrag auf S. 17).

Erforderlich ist eine Geldordnung, in der das Geld als ein neutrales Tauschmittel unabhän-

gig von hohen Zinsen regelmäßig zirkulieren und somit keinen Hinderungsgrund dafür bilden kann, dass Bedarf und Leistungsangebot zusammenkommen. Wenn das Geldkapital (Ersparnis) durch Negativzinsen unter Angebotsdruck gesetzt wird, stellt es sich freiwillig für zinslose Kredite und Investitionen zur Verfügung. Es findet sich dann auch ohne kapitalintensive Wahnsinnsprojekte Arbeit für alle, und zwar vor allem auch Arbeit, die heute wegen der vorgeschalteten Rentabilitätsabwägungen der Kapitalbesitzer gar nicht erst zum Zuge kommt. Endlich würden Bereiche wie Pflege, Bildung, Jugendarbeit und Handwerk gestärkt, weil diese Arbeit dann leistungsgerecht bezahlt bzw. die Arbeitsbelastung durch Arbeitszeitverkürzung und Schaffung neuer Stellen gesenkt werden könnte.

Eine solche andere Geldordnung würde es darüber hinaus ermöglichen, auf jegliche umweltzerstörende wirtschaftliche Expansion zu verzichten und Wirtschaft und Natur in einen gesunden Gleichgewichtszustand zu bringen. Die Friedensbewegung kommt nicht umhin, die Geldordnungsfrage aufzugreifen. Tut sie dies nicht, müssen alle ihre schönen Vorstellungen Illusion bleiben. Kaum ein Land kann sich heute wegen der drohenden geldordnungsbedingten wirtschaftlichen Probleme auf Abrüstung größeren Stils einlassen. ■

Frank Bohner,  
basierend auf Arbeiten von Josef Hüwe †

**Jürgen Grässlin: *Einschüchtern zwecklos*. Heyne 2023, 384 S., 14.00 €, ISBN: 978-3453606302**

Jürgen Grässlin (G.) ist ein langjähriger Friedensaktivist und hat mit »Einschüchtern zwecklos. Unermüdlich gegen Krieg und Gewalt – was ein Einzelner bewegen kann« ein Buch vorgelegt, das sein bisheriges Engagement persönlich nachzeichnet und als eine autobiographische Bilanz gelesen werden kann. Auf 384 Seiten in zehn Kapiteln plus Nachwort und Anhang sowie einem reichen Foto-Innenteil schildert G. sein Leben.

Das Buch ist lose chronologisch, die Kapitel sind Themen zugeordnet und überschneiden sich teilweise zeitlich. Gliedernde Elemente sind die in einigen Kapiteln vorhandenen Schlüsselerlebnisse, anhand der G. besonders lehrreiche biographische Weichenstellungen markiert. Diese sind im folgenden:

1. Die Weigerung, während einer Bundeswehrübung zu schießen.
2. Die Betrachtung des Films *Fern vom Krieg*
3. Sein Austritt aus der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* aus Anlass der Kriegseinsätze
4. Sein Versprechen gegenüber Opfern von Kleinwaffen, die an ihnen begangenen Verbrechen publik zu machen
5. Der Sieg vor Gericht über den damaligen Daimler-Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempp
6. Die Erfahrung gewaltfreien Widerstandes.

Besondere Schwerpunkte seines Engagements bilden investigative Recherchen im Bereich des Kleinwaffenhandels und den Folgen meist unkontrollierter Verbreitung. G. dokumentiert diese Folgen in Krisengebieten, die für unschuldige Zivilisten meist verheerend sind, auch mit eindrücklichen Fotos. Die Hersteller, die in G.s Fokus stehen, sind vor allem Heckler & Koch sowie SIG Sauer. Mit diesen beiden deutschen Konzernen stritt sich G. etliche Male vor Gericht, auch mit Erfolg. Die Bezeichnung der Rechercheländer als »Tatorte« ist insofern zutreffend.

Des Weiteren skizziert G. auch seine Aktivitäten, die er bei der Gruppe der *Kritischen Aktionäre* entfalten konnte. Diese Gruppe von Aktivisten kauft meist eine einzelne Aktie eines Unternehmens und nutzt sie, um bei der Aktionärsversammlung Öffentlichkeit für problematische Aktivitäten herzustellen. In G.s Visier war die Daimler AG geraten, die in die Landminenproduktionen eingestiegen war, und deren Produktion letztlich gestoppt werden konnte.

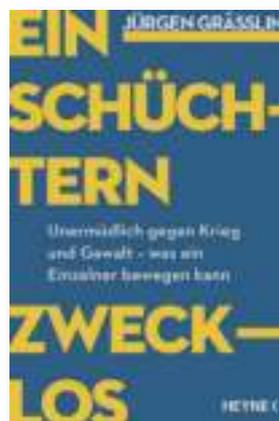
Diese Beispiele sind nur zwei von zahlreichen, die im Buch geschildert werden. Es stellt sich die Frage, was die Erkenntnisse aus G.s lesenswertem Buch für die Arbeit von Vereinen wie der INWO bedeuten, die sich für strukturelle Kriegsursachen interessieren und Analysen und Reformen dort ansetzen.

Zunächst demonstriert G.s Buch eine Haltung, die im Hinblick auf den Frieden kompromisslos ist und die zeigt, dass die Bereitschaft, die friedliche Auseinandersetzung auf juristischem Wege zu suchen, erfolgversprechend ist. Dies schließt aber eine Bereitschaft ein, über mehrere Jahre aktiv zu bleiben; im Zweifel muss man dafür auch in die höchste Instanz ziehen.

Die öffentlichkeitswirksame Kritik an mächtigen Einzelpersonen wie Jürgen Schrempp, über den G. ebenfalls ein ganzes Buch geschrieben hat, zeigt, dass auch mit Gegenwehr zu rechnen ist. Sehen Konzerne wie Daimler ihre Profite durch die schlechte Berichterstattung in Gefahr, greifen sie auch zu juristischen Mitteln, um ihre Kritiker mundtot zu machen. Die eindrückliche Beschreibung, wie eine passiv vor sich hindämmende Aktionärsversammlung durch gezielt vorbereitete Fragenkataloge aufgemischt werden kann (S. 232), regt ebenso zur Nachahmung an wie die professionelle Vorbereitung von Einzelaktionen.

Der in Kreisen von Geld-, und Boden- und Ressourcenreformern gern gemachte Vorwurf an Gruppierungen, die dasselbe Thema bearbeiten, bestimmte Maßnahmenvorschläge seien lediglich Symptombehandlungen ohne genaue Ursachenbeseitigung, trifft beim Thema Frieden und vor allem bei G. nicht zu. Dieser Vorwurf gälte beispielsweise bei der Kapitalertragssteuer, die ein Teil der Zinserträge abschöpft, aber das Grundproblem nicht löst.

Für die Negativzinsphase 2014–2019 konnte eine Entlastung im Staatshaushalt durch die sinkende Bundesschuld verzeichnet werden, allerdings ging dies nicht einher mit einer Steigerung der Ausgaben im Bildungs- oder Kulturbereich, sondern mit einer Steigerung des Verteidigungshaushaltes. Die nebenstehende Grafik illustriert allerdings, dass nur eine Verringerung der Zinslast in den Staatsausgaben langfristig die Grundlage für eine erfolgreiche Rüstungskonversion bieten kann. Dass die



Politik nicht mitmacht, bleibt ein politisches Problem. Auch G. konstatiert die steigenden Ausgaben mit Erschrecken (S. 310–12), spielt aber den Ball durch die erzeugte Öffentlichkeit auch zurück in die Politik.

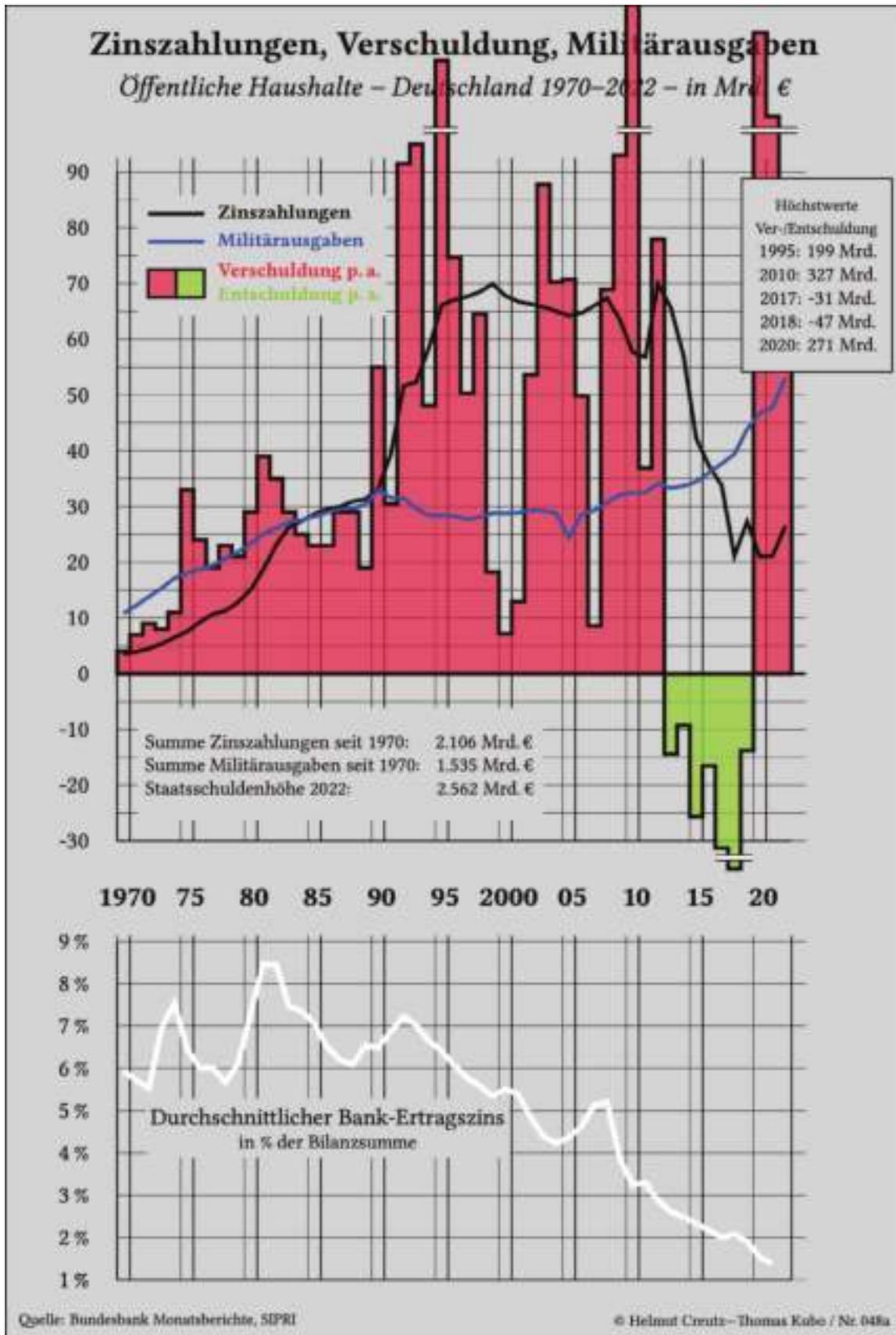
Für Reformgruppen wie die INWO bietet sich an diesem Punkt ein Kooperationsfeld: Einsparungen durch Zinssenkungen im öffentlichen Haushalt bleiben nämlich letztlich wirkungslos, wenn keinerlei Bemühungen erfolgen, diese auch in zivile Rüstungskonversion umzuleiten.

Die Friedensbewegung könnte diesbezüglich von wirtschaftliche Analysen profitieren, die eine Grundlage für erfolgreiche Einzelaktionen bilden.

Die Gerichtsprozesse gegen SIG Sauer sowie Heckler & Koch konnte G. gewinnen, allerdings steht die Geldbuße (Elf bzw. drei Mio. €) und die Haftstrafe für die Vorstandsmitglieder (17 bzw. 21 Monate), die zur Bewährung ausgesetzt wurde, nur in einem sehr schwachen Verhältnis zu den Rechercheergebnissen, die G. im Rahmen zahlreicher Auslandsreisen gewinnen konnte. Dadurch, dass G. alle Rechtsmittel ausgeschöpft und das Ergebnis dennoch unbefriedigend ist, zeigt, dass hier erheblicher Reformbedarf besteht. Die erzeugte Öffentlichkeit für die Problematik ist von unschätzbarem Wert – denn ohne die Recherchen wären die Verstöße gegen das Waffenkontrollgesetz nie ans Tageslicht gekommen.

Die im Rahmen der Gerichtsprozesse immer wieder auftauchenden Fragen betreffen übergeordnet Haftungsfragen: Welche Haftung trifft einen Unternehmer, dessen Produkt einen tödlichen Verwendungszweck hat, und wo doppelter Nutzen (dual use) ausgeschlossen werden kann? Die Fragen, die sich aber auch stellen, sind: Welche trifft einen Angestellten, der in dieser Firma arbeitet? Und welche den Aktionär, der nur besitzt, aber nichts tut, aber doch profitiert? Und inwiefern haftet ein Staat für ein Versagen der Exportkontrolle?

Mit diesen Haftungsfragen sind ordoliberalen Topoi angesprochen und knüpfen an Fragen der Unternehmensverfassung an. G.s Buch zeigt: Vielleicht sollten diese Fragen stärker in den Vordergrund rücken. ■



# Nachruf

## Beate Bockting



**W**ir mussten Abschied nehmen von unserer langjährigen Freundin und Weggefährtin Beate Bockting, die wir als Redakteurin der INWO-Zeitschrift »Fairconomy« und als wissenschaftliche Mitarbeiterin der »Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung« hoch geschätzt haben. Im Alter von nur 54 Jahren starb Beate Bockting infolge einer Krebserkrankung. Ihr allzu früher Tod ist für uns ein sehr schmerzlicher Verlust.

Zusammen mit fünf Schwestern wuchs Beate Bockting auf einem Bauernhof bei Bocholt unweit der deutsch-niederländischen Grenze auf. Der elterliche Hof gehörte zu jenen vielen familienbäuerlichen Betrieben, die sich im Laufe der 1970er Jahre aufgrund der von der EU-Agrarpolitik ausgegebenen Devise »Wachsen oder weichen« nur noch im Nebenerwerb weiterbetreiben ließen. Um den Familienunterhalt zu sichern, musste sich der Vater eine andere berufliche Tätigkeit in einer Fabrik suchen.

Nach ihrem Abitur ging Beate Bockting nach Münster, um an der dortigen Universität Anglistik, Niederlandistik und Politikwissenschaften zu studieren. Ein Jahr lang studierte sie

auch in den Niederlanden, wo sie den politischen Aktivistin Roel van Duijn kennenlernte, der in den Niederlanden als Biobauer eine ökologische, konsumkritische »Kabouter-Bewegung« aufbaute (»Kabouter« bedeutet »Heinzelmännchen«) und der in der anarchistisch-pazifistischen Zeitschrift »De Vrije Socialist« mitarbeitete. Tief beeindruckt war Beate Bockting auch von der friedlichen Revolution im Herbst 1989 und schloss sich den Grünen an, die sich bald mit Teilen der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung zur Partei »Bündnis90/DieGrünen« vereinigten. Außerdem trat sie dem Verein »Mehr Demokratie« bei, der sich als Ergänzung zu politischen Parteien für Volksabstimmungen einsetzt.

Um die Mitte der 1990er Jahre engagierte sich Beate Bockting in dem Münsteraner Tauschring »LoWi e.V. – Tauschen statt zahlen« und lernte die alternativen Denkansätze einer Geld- und Bodenreform während einer Fahrt nach Köln kennen, wo der Wirtschaftspublizist Helmut Creutz gerade einen Vortrag in dem von Sol Lyfond initiierten Kunstprojekt »Talentskulptur« hielt. Fasziniert von Creutz' präzisen Zahlen, Daten und Fakten zu wirtschaftlichen Entwicklungen vertiefte sie sich fortan

in diese Denkansätze und engagierte sich im deutschen Zweig der »Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung« (INWO). Mit ihrem damaligen Partner Andreas Artmann und dem gemeinsamen Sohn Ruben ging Beate Bockting zwischenzeitlich nach Wuppertal, wo die beiden die dortige Silvio-Gesell-Tagungsstätte als Pächter bewirtschafteten.

Um die Jahrtausendwende kam Beate Bockting zurück nach Münster und arbeitete in der Redaktion der INWO-Zeitschrift »r-evolution« mit, der damals außerdem Walter Meier-Solfrian aus der Schweiz und Gerhard Margreiter aus Österreich angehörten. Wenig später verselbstständigten sich die drei Ländersektionen der »INWO-International«. Beate Bockting wurde in den Vorstand der »INWO-Deutschland« gewählt; bald übernahm sie den stellvertretenden Vorsitz und auch die Redaktion der Zeitschrift »Fairconomy«, die aus der vormaligen »r-evolution« hervorging.

Zwischenzeitlich lebte Beate Bockting einige Jahre mit dem Buchautor und Herausgeber der spirituellen Zeitschrift »Connection« Wolf Schneider zusammen. Aus dieser Verbindung ging der gemeinsame Sohn Valentin hervor.

2013 zog sie mit Valentin nach Greven bei Münster und verdiente einen Teil des gemeinsamen Lebensunterhalts in der Geschäftsführung des Münsteraner Vereins »draußenzeit«, der Kindern und Jugendlichen natur- und wildnispädagogische Angebote macht. Am allermeisten lagen ihr jedoch ihre Tätigkeiten als Redakteurin der Zeitschrift »Fairconomy« und eines ebenfalls regelmäßig erschienenen »Fairconomy-Newsletters« am Herzen. Die Zeitschrift erschien unter ihrer Leitung regelmäßig viermal im Jahr und vom Newsletter sind mehr als 80 Ausgaben erschienen.

Im Rahmen ihrer redaktionellen Tätigkeiten knüpfte Beate Bockting ein großes Netzwerk von Kontakten zu Mitarbeiter/innen und Leser/innen und sie entwickelte sich immer mehr zu einer tiefgründigen Kennerin sowohl der Geld- und Bodenreformtheorien als auch der mehr im angelsächsischen als im deutschen Sprachraum geführten Fachdiskussionen über Null- und Negativzinsen. Sie knüpfte sogar Mailkontakte mit namhaften Geldtheoretikern an, unter anderem mit dem niederländisch-britischen Ökonomen Willem Buiters und mit den US-amerikanischen Ökonomen Miles Kimball und Ruchir Agarwal. Einen als IMF-Working Paper erschienenen Aufsatz von Kimball und Agarwal über die ideengeschichtlichen Geldreformvorschläge von Silvio Gesell und Robert Eisler als Vorläufer der Negativzinspolitik übersetzte Beate Bockting ins Deutsche und veröffentlichte diese Übersetzung in der »Zeitschrift für Sozialökonomie«. Darin berichtete sie auch detailliert über Fachdiskussionen über Negativzinsen in der US-amerikanischen Denkfabrik »Brookings«. Durch diese Arbeiten und ihren breiten Überblick über die aktuellen geldtheoretischen und geldpolitischen Diskussionen in England und in den USA erwarb sie sich ein hohes Ansehen in den hiesigen geldreformerischen Kreisen. Weniger Resonanz fand sie in der nordrhein-westfälischen »Landesarbeitsgruppe Finanzen« von »Bündnis90/DieGrünen«, während sie mit regelmäßigen geld- und bodenpolitischen »Gastwirtschafts-Kolumnen« in der »Frankfurter Rundschau« ein größeres Publikum erreichen konnte ([fr.de/autoren/9597/](http://fr.de/autoren/9597/)).

Ein besonderes Ereignis im Leben von Beate Bockting war eine Reise in die englische Universitätsstadt Cambridge, die sie im September 2019 gemeinsam mit Thomas Betz und Werner Onken unternahm. Im King's College in Cambridge befindet sich der wissenschaftliche Nachlass des weltberühmten Ökonomen John Maynard Keynes, der vor dem Zweiten Weltkrieg in Cambridge und London gewirkt hat. In dessen Nachlass konnten wir eine Woche lang intensiv recherchieren. Wir suchten nach Spuren von Keynes' Beschäftigung mit dem Geldreformansatz von Gesell und beka-

men einen Einblick in die Rolle, die Keynes' Theorie der Liquiditätspräferenz des Geldes in seinen Korrespondenzen mit anderen Ökonomen/innen vor und nach dem Erscheinen seines Hauptwerks »Allgemeine Theorie« spielte. Und wir bekamen auch einen Eindruck von der Entwicklung des »Bancor-Plans« für die Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem sich Keynes bei der legendären Konferenz von Bretton Woods (1944) tragischerweise nicht gegen den Plan des US-amerikanischen Delegationsführers Harry D. White durchsetzen konnte. Wie viel gerechter und friedlicher hätte sich die Welt nach 1945 entwickeln können, wenn in Bretton Woods nicht der White-Plan, sondern Keynes' »Bancor-Plan« angenommen worden wäre! Die Ergebnisse unserer Recherchen stellten Beate Bockting und Thomas Betz bei einer »Fairconomy-Tagung« im Herbst 2021 in Wuppertal vor.



Beate Bockting mit  
Helmut Creutz, 2013

Während der Tage in Cambridge entstand die Idee, dass Beate meine Nachfolgerin als Redakteurin der »Zeitschrift für Sozialökonomie« werden und in Zukunft auch die »Fairconomy-Tagungen« in Wuppertal organisieren könnte. Parallel dazu hätte sie Redakteurin der Zeitschrift »Fairconomy« bleiben wollen. Als sich im Verein »draußenzeit« eine Nachfolgerin für sie fand, konnte die »Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung« sie ab dem 1.1.2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin einstellen. Wir hatten große Pläne. Zusätzlich zu ihren redaktionellen und organisatorischen Tätigkeiten wollte Beate noch einen englischsprachigen Newsletter für diejenigen Ökonomen/innen herausgeben, die sich in den Diskussionen über Negativzinsen zu Wort gemeldet hatten. Und sie hatte die große Hoffnung, dass die Stiftung und die INWO einen »Silvio-Gesell-Preis« ausloben und renommierte Ökonomen/innen für die Jury gewinnen könnten.

Wir alle in der Stiftung und in der INWO hatten ein großes Vertrauen in Beates persönliche Integrität, in ihre idealistische Motivation und in ihre fachliche Kompetenz. In ihr sahen wir eine Schlüsselfigur innerhalb der Geld- und Bodenreformbewegung, die unsere allgemeinverständlichen und wissenschaftlichen Tätigkeiten in den nächsten Jahren koordinieren sollte und die sich auch selbst sehr auf diese Aufgaben freute. Unsere gemeinsame große Freude über die Aussicht auf eine qualifizierte Fortsetzung unserer Tätigkeiten wurde leider schon nach wenigen Monaten durch die Nachricht getrübt, dass Beate an einer fortgeschrittenen Tumorerkrankung litt. Diese Nachricht stellte unsere Pläne jäh in Frage; aber vorerst überwog noch unsere gemeinsame Hoffnung auf Leben rettende ärztliche Behandlungsmöglichkeiten. In diesem Frühjahr schwanden Beates Kräfte jedoch so schnell, dass wir voller Wehmut erkennen mussten, dass sie unsere gemeinsamen ideellen Pläne nicht mehr würde verwirklichen können.

Hinzu kam die Enttäuschung darüber, dass in der Geld- und Währungspolitik eine »Zinswende« eingeleitet wurde, um die in erheblichem Umfang zurückgekehrte Inflation mit höheren Zinsen zu bekämpfen. Schon bald stellten sich – wie zu erwarten war – finanzielle Schieflagen im Bankenbereich ein (Silicon Valley Bank, Credit Suisse u.a.). Darüber sprachen wir am Rande der Mitgliederversammlung der INWO am 22. April 2023, bei der uns Beate akustisch zugeschaltet war. Mit noch immer klarer und kraftvoller Stimme begründete sie, warum höhere Zinsen ein ungeeignetes Mittel zur Bekämpfung der Inflation sind und warum die Einführung einer von Gesell und Keynes vorgeschlagenen Liquiditätsgebühr auf Geld ein besserer Weg sein könnte, sowohl die Inflation als auch die durchschnittlichen Zinsen gegen null sinken zu lassen, um damit und mit einer Bodenreform die nötigen Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges, nicht mehr primär renditeorientiertes Wirtschaften herzustellen. Und mit Genugtuung berichtete Beate von einer gerade neu erschienenen Veröffentlichung von Willem Buiters, worin dargelegt wird, dass sich dieser unkonventionelle geldpolitische Vorschlag auf der Grundlage eines digitalen Zentralbankgeldes praktisch verwirklichen ließe.

Unbegreiflich und schmerzlich ist und bleibt es für uns, dass wir schon zwei Wochen später die traurige Nachricht erhielten, dass Beate Bockting uns in den frühen Morgenstunden des 3. Mai in eine andere Welt vorausgegangen ist. In der Stiftung und in der INWO fehlt sie uns sehr. Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie und ganz besonders ihren Söhnen Valentin und Ruben.

Werner Onken

»Der Friedensgeist ist ein Erzeugnis des Bürgerfriedens. Der Friedensgeist wird von der Umgebung ausgestrahlt, und dann von uns aufgenommen, wie man Sonnenstrahlen aufnimmt. Wenn um uns her alle Menschen in Frieden leben, dann braucht es keiner Friedenspredigten. Dann lebt der Mensch in seiner natürlichen Atmosphäre und entwickelt sich seinem Kern, seiner Natur entsprechend. Diese Friedensatmosphäre schaffen wir durch einen gerechten sozialen Zustand, der keinerlei Vorrecht der Geburt und des Besitzes kennt, der jedem seinen vollen Arbeitsertrag sichert, wo die Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr besteht.«

Aus einem Vortrag von Silvio Gesell, gehalten am 15. Dezember 1923 in Essen

### Weiterführende Literaturtipps zum Heft:

- Werner Onken: **Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit:** <https://kurzelinks.de/g2ip>
- Werner Onken: **Militarisierung oder gerechter Frieden – Überlegungen zum Krieg in der Ukraine:** <https://kurzelinks.de/rbn4>
- Fritz Andres: **Gedanken über eine Wassergemeinschaft von Israelis und Palästinensern:** <https://kurzelinks.de/mj97>
- Fairconomy 2018 | Nr. 3: **Frieden finanzieren:** <https://kurzelinks.de/tpp4>
- Zeitschrift für Sozialökonomie, 128. Folge 2001: <https://kurzelinks.de/qmgj>

### Warum FAIRCONOMY?

Leistungslose Einkommen aus Geld, Boden und Naturressourcen sammeln sich bei einer kleinen Minderheit. Damit jeder Mensch **gleiche Zugangsvoraussetzungen** zum Boden und den sonstigen natürlichen Ressourcen hat, braucht es ein anderes Verständnis für den Umgang mit knappen Gütern.

Mit der Fairconomy bietet die INWO entscheidende Ansätze für eine **stabile, lebenswerte und friedliche Gesellschaft**, die allen Menschen vergleichbare Lebens- und Startbedingungen ermöglicht.

Die INWO setzt sich für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ein. Dieses Gesellschaftsmodell nennen wir FAIRCONOMY.

Durch die Mitgliedschaft in der INWO hilfst du mit, wichtige gesellschaftliche Entwicklungen **voranzutreiben**. Auch Spenden, aktive Mitarbeit und das Einbringen von Know-how helfen uns, die gesteckten Ziele zu erreichen!

**Aufnahmeantrag:** <https://kurzelinks.de/i3rq>

### INWO-Mitgliederversammlung 2024

Die nächste Mitgliederversammlung findet vom 26.–28. April 2024 in der Jugendherberge Leipzig statt. Der offizielle Teil der Mitgliederversammlung beginnt am Samstag um 10:30 Uhr. Wir haben Einzel- und Mehrbettzimmer reserviert. Die Anmeldung läuft über Norbert Schneider ([norbert19\[at\]arcor.de](mailto:norbert19@arcor.de)).

#### Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formalia
2. Vorstands- und Kassenbericht
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Entlastung des Vorstands
5. Wahlen (Wiss. Rat, Kommission und Revisoren)
6. Aktueller Planungsstand  
INWO-Projekte
  - a. Silvio-Gesell-Preis
  - b. ZfSÖ-Online
  - c. FAIRCONOMY, Blog, Homepage
7. Sonstiges

Freitag ist ein gemütliches Beisammensein vorgesehen; am Sonntag sind Arbeitssitzungen geplant.